

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Verlagspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit
Postage, einzelne Nummern 15 Goldpfennige.
Gemeinde-Verbands-Kontos Nummer 2.
Postfachkonto Dresden 12548.
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 2.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 10 Millimeter breite
Zeile 20 Goldpfennige, Einseitig mit
Reklamen 10 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehne. — Druck und Verlag: Carl Sehne in Dippoldiswalde.

Nr. 180

Mittwoch den 5. August 1925

91. Jahrgang

Verabreichung von starkberauschenden Getränken an Jugendliche.

Nach Art. 1 § 5 des Rotgesetzes vom 24. Februar 1923 (RGBl. Seite 147) ist verboten:

1. das Verabfolgen oder Ausschänken von Branntweinen und das Verabfolgen branntweinhaltiger Genussmittel im Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben;
2. das Verabfolgen oder Ausschänken anderer geistiger Getränke und das Verabfolgen nikotinhaltiger Tabakwaren im Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu eigenem Genuss in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Vertreters.

Da die Vermutung besteht, daß diese Verbote nicht allenthalben bekannt sind und befolgt werden, sind die Aufsichtsbeamten angewiesen worden, auf eine strenge Durchführung dieser Bestimmungen zu halten und Zuwiderhandlungen unnachlässiglich zur Befrafung anzuzeigen.

Dippoldiswalde, am 3. August 1925. D. 172 V. D.
Die Amtshauptmannschaft. Der Stadtrat.

Verbot des Betretens von Privatgrundstücken u. nichtöffentlichen Wegen während der Erntezeit.

Im Bezirke der unterzeichneten Behörden ist das unbefugte Betreten aller Privatgrundstücke und nichtöffentlichen Wege für die Erntezeit (25. Juli bis 15. Oktober) während der Stunden von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags verboten.

Auf Antrag der Ruhungsberechtigten werden Zuwiderhandlungen, soweit sie nicht bereits unter Strafe gestellt sind, mit Geldstrafe oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Dippoldiswalde, am 3. August 1925. D. 131 M. G. Pol.
Die Amtshauptmannschaft. Der Stadtrat.

Freibau.

Freitag Verkauf von Rindfleisch

Certliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Die im vergangenen Jahre gegründete Tischler-Zwangs-Innung hielt am vergangenen Montag ihre erste Generalversammlung im „Roten Hirsch“ ab. Erschienen waren dazu 37 Mitglieder. Anmeldungen neuer Mitglieder lagen nicht vor, auch Losprechen erübrigten sich, hingegen konnten 15 neue Lehrlinge in die Innung aufgenommen werden. Obermeister Strubel legte ihnen warm ans Herz, fleißig und ehrlich zu sein, Geschäftsgeheimnisse allzeit zu wahren. Nach Kenntnisnahme von verschiedenen Eingängen erfolgte Berichterstattung über eine am 2. Juli stattgefundene Vorstandssitzung. Eine längere Aussprache erforderte der nächste Punkt, die Erhöhung der Beiträge. Hierzu beschloß man einstimmig, den Vierteljahresbeitrag von 5 auf 8 Mark zu erhöhen. Außerdem haben die Mitglieder für jeden im vergangenen Jahr gehaltenen Gesellen einen Zusatzbeitrag von je 1 Mark, für jeden im verfloffenen Halbjahr gehaltenen Lehrling einen solchen von 50 Pfg. zu zahlen. Ueber die An- und Abmeldung der von den Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen und Lehrlinge trifft der Innungsvorstand Bestimmung. Verträge gegen die Lehrlinge werden durch Ordnungsstrafen bis zu 20 M. in jedem Einzelfalle geahndet. In einem zu bildenden Lehrlingenausschuß berief man die Kollegen Hartwig-Spechtlich, Dreßler-Selbersdorf, Claus-Wilmshorst, Klemm-Ruppendorf, Gohlar-Schmiedeberg. Zwei weitere Punkte setzten man von der Tagesordnung ab und hörte dann von Kollegen Wehmlich einen ausführlichen Bericht über den 4. sächs. Handwerkerkongress in Chemnitz. Anschließend wurde beschlossen, an die Behörden einen Protest folgenden Wortlauts zu senden: Die heute im Gasthof Roter Hirsch tagende außerordentliche Hauptversammlung der Tischler-Zwangs-Innung Dippoldiswalde verurteilt es aufs schärfste, daß die Behörden, darunter auch der Stadtrat zu Dippoldiswalde, in letzter Zeit bei Vergabe von Handwerker-Arbeiten diese lediglich an den Mindestfordernden vergeben. Sie beantragt, die künftigen Arbeiten das Mittelpreisverfahren zu bringen, wie dies bereits früher der Fall war, wieder zur Anwendung zu bringen. Außerdem wird gebeten, mit der Ausarbeitung von Blanketts, die an die Handwerker hinausgegeben werden, einen Fachmann zu beauftragen. Zum Schluß fanden 2 Fragen aus dem Fragekasten und eine Reihe allgemeiner Innungsangelegenheiten Erörterung, besonders letztere führten zu munterer lebhafter Debatte.

Montag Abend geriet die in der Pappfabrik Dippoldiswalde beschäftigte Arbeiterin Frey beim Einlegen von Papp in die Glättpresse mit der linken Hand zwischen die Walzen. Sie erlitt dabei leichte Quetschungen des 3. bis 5. Fingers. Herzliche Hilfe wurde ihr rasch zu teil, irgendwelche gesundheitlichen Nachteile werden ihr aus dem Unfall nicht entstehen.

Die Meisterprüfung nach § 133 der Gewerbeordnung haben im Bezirke der Gewerbeammer Dresden aus dem Verwaltungsbezirk Dippoldiswalde in letzter Zeit bestanden vor der Prüfungskommission für Weber: Martin Widmann und Kurt Jähel in Hartmannsdorf bei Frauenstein; für Fleischer: Georg Heber und Erwin Weid in Großsösa; für Tischler: Martin Wolf (Stahlbauer) in Spechtlich. — Die Umwandlung der freien Schneider-Innung der Amtsgerichtsbezirke Altenberg und Lauenstein in eine Zwangs-Innung mit dem Namen „Schneider-Zwangs-Innung oberes Müglitztal“ beauftragte die Kammer unter der Voraussetzung, daß der Bezirk der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein ohne den Ort Wärenfels als Bezirk der Innung in Betracht kommt.

Verschiedene Zeitungen brachten die Mitteilung, daß die Deutsche Turnerschaft beschlossen habe, das für 1928 in Köln oder Dresden geplante Deutsche Turnfest aus Sparsamkeitsrücksichten erst 1929 zu veranstalten. Diese Meldung trifft in dieser Form nicht zu. Jergendwelche festen Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden, sondern werden von der Sitzung des Hauptauschusses der Deutschen Turnerschaft am 17. und 18. August in Detmold abhängig sein. Wahr ist nur, daß der Deutsche Sängerbund an die Deutsche Turnerschaft die Bitte gerichtet hat, das für 1928 geplante Deutsche Turnfest auf ein anderes Jahr zu verlegen, weil der Deutsche Sängerbund 1928 sein großes Bundesfest in Wien feiern will. Wenn auch die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Deutsche Turnerschaft dem Wunsch des Sängerbundes nachkommen wird, so ist doch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das nächste Deutsche Turnfest bereits 1927 stattfindet, und zwar kommt zu den beiden als Festort genannten Städten Köln und Dresden noch Breslau hinzu.

Die Mission der Brüdergemeinde umfaßt jetzt drei Weltteile. Von Herrnhut aus werden die Gebiete in Sardinien und Südafrika geleitet; von London aus Labrador, West-Indien, das Westindiengebiet in Jerusalem, Unyamwezi in Ostafrika und West-Himalaya; endlich von Bethlehem in Nordamerika aus Alaska, Kalifornien und Nicaragua. Diese an die Kirchenprovinzen der Brüdergemeinde sich anlehnende Mission war im Kriege zur Notwendigkeit geworden, hat aber gleichwohl dem kontinentalen Zweig eine besondere Verantwortung befallen. Diese kam äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß im Herbst 1924 die Mission auf der Synode in Herrnhut eingehend besprochen wurde, obwohl dieselbe in den Bereich der Generalsynode der ganzen Brüderkirche fällt. Der deutsche Zweig ist eifrig bestrebt, seinen heimischen Freundeskreis zu pflegen. Ueber den 1924 gegründeten „Hilfsbund für die Herrnhuter Mission“ hinaus spinnen sich Fäden zu 200 000 Lesern des Lösungsbüchleins, eine in der Stille vorhandene Erbauungsgemeinschaft, die man zu einer Arbeitsgemeinschaft ausgebaut möchte. Der Rechnungsbuch für 1924 war dank großer Legate günstig. Allerdings besteht noch eine Schuld von 138 365 Mark. Auf den 134 Haupt- und 164 Nebenstationen mit 339 Predigtplätzen wirken 87 ordinierte und 35 nicht ordinierte Missionare sowie 19 Schwestern und 123 Missionarinnen, zusammen 274 europäische Arbeiter, denen 40 ordinierte und 1744 andere eingeborene Geistliche zur Seite standen. Die Zahl der Christen betrug 105 165. In 275 Schulen waren 25 576 Schüler angeammelt.

Zwei junge Leute, Koffek und Coyne aus Hindenburg in Oberschlesien, haben es sich zum Ziel gesetzt, die Welt zu Fuß zu durchwandern. Auf ihrem Raute trafen sie gestern abend in unserer Stadt ein und marschierten heute, nachdem sie auf unserer Redaktion vorgesprochen hatten, nach Frauenstein, Annaberg weiter.

Landesbischof D. Ihmels begibt sich am 8. August nach Stockholm zu den letzten Vorbereitungen des Weltkongresses. In dieses schließt sich unmittelbar die allg. lutherische Weltkonferenz in Oslo. Zu den sächsischen Delegierten, die an beiden Tagungen teilnehmen, ist noch Pfarrer Fröhlich von der Thomaskirche in Leipzig getreten, so daß unter den 77 deutschen Vertretern 8 Sachsen sind.

Dienstag vormittag verstarb der Direktor des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Dr. Kurt Rittkau.

Zu der Angelegenheit des in der sogenannten „Losenregistra“ des Dresdener Polizeipräsidiums beschlagnahmter Regierungskassenscheine Wohlleben teil das Pressamt des Polizeipräsidiums mit: Wohlleben hat sich der Unterschlagung amtlicher Gelder schon früher einmal dadurch verdächtig gemacht, daß bei den von ihm vereinnahmten Geldern ein Fehlbetrag von 25 Mark entstanden war. Er hat seinerzeit behauptet, daß ihm dieser Betrag aus der fraglichen Kasse gestohlen worden sei. Als sich neuerdings der Verdacht ergab, daß Wohlleben in einem Falle höhere Gebühre als verbucht eingenommen habe, ist er sofort von seinem Urlaube zurückgerufen worden, um die zutage getretene Unregelmäßigkeit aufzuklären. Auch dieses Mal gelang es aber noch nicht, ihm eine Verfehlung nachzuweisen. Das Polizeipräsidium hat aber daraufhin eine scharfe Nachprüfung der von Wohlleben bearbeiteten Sachen angeordnet, und nach Verziehung der von Wohlleben ausgestellten Einlieferungsgebühren festgestellt, daß Wohlleben in zahlreichen Fällen höhere Beträge als verbucht eingenommen hat. Darauf ist vom Kriminalamt sofort die Festnahme Wohllebens. Der inzwischen wieder nach seinem Urlaubsorte zurückgekehrt war, angeordnet und Wohlleben der Staatsanwaltschaft, in deren Händen die Angelegenheit nunmehr ruht, zugeführt worden.

Der 1882 zu Freiberg geborene, in Dresden wohnhafte, wiederholt vorbestrafte Photograph Kurt Albert Wehr, mußte sich wegen Betrugs vor dem Amtsgericht Dresden verantworten. Der Angeklagte war zu Anfang des Jahres mit einem Schwerekräftigen beschäftigt worden, der seine Rente in Höhe von rund 2000 Mark ausgezahlt erhalten hatte und damit ein Zigarrengeschäft kaufen wollte. Wehr verstand es, insgesamt 1835 Mark als Darlehen zu erhalten, um das Geld in der Schwerekräftigen-Geschäfte betrogen worden. Am 28. April war bereits Verhandlung ausgefallen. Wehr bestritt seine Schuld und führte hierzu an, er hätte beträchtliche Ausgaben gehabt. Der Vorsitzende des Gerichts hielt ihm vor, er hätte doch am 9. Dezember vorigen Jahres den Offenbarungseid geleistet und gerade das Vorhandensein von Ausgaben abgelehnt. Der Termin wurde befristet, Wehr lief am anderen Tage zum Amtsgericht und berichtete nahezu fünf Monate hinterher, daß er doch Ausgaben besessen habe. Wegen dieser verdächtigen Eidesleistung läuft ein besonderes Verfahren. Der Betrugsschulden zum Nachteil des Schwerekräftigen stand jetzt erneut zur Verhandlung an, Wehr erhielt fünf Monate zwei Wochen Gefängnis dafür zu diktieren.

Der Kellermeister der Waldschützenbruderei in Dresden, Reinhold Stephan ist nach dreißigjähriger Ehe seiner Frau davongelaufen und zu einer 42 Jahre alten geschiedenen Frau in Bahlau gezogen, die dort bei ihren Eltern, den Gutsbesitzern Müller wohnt. Am 10. Juni erschien in einer Dresdener Zeitung

ein Inserat, darin erklärte der getrennt lebende Gatte, daß ein jeder Mann warne, seiner Frau etwas zu borgen, da er für nichts aufkomme. Die verlassene Frau und deren großjährige Kinder empfanden dies als eine unerhörte Beleidigung. Zwei Söhne und ein zukünftiger Schwiegersohn, alle im Anfang der dreißiger Jahre stehend, zogen am Abend des 11. Juni vor das Gut in Bahlau, um den Vater zu sprechen, es kam dabei zu einer großen allgemeinen Balgerei, dabei wollen der Vater Stephan und Gutsbesitzer Müller, sowie dessen Frau und deren Tochter, die Geliebte des ersteren, arg mißhandelt, auf die Straße geworfen und mit Jaunsäcken geschlagen oder beworfen worden sein. Gegen die Söhne und den zukünftigen Schwiegersohn wurde eine umfangreiche Anklage erhoben, das Dresdener Amtsgericht konnte aber nach zahlreicher Zeugenvernehmung kein klares Bild gewinnen, die drei Angeklagten wurden lediglich nur wegen gemeinsamen Hausfriedensbruchs zu je 25 Mark Geldstrafe verurteilt, mildernd kamen die Gründe ihrer Erregung weitgehend in Betracht.

Der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokraten, den ursprünglich sechs Tage vor dem Reichsparteitag stattfinden sollte, ist jetzt auf einen noch nicht näher bestimmten Termin nach dem Heidelberger Parteitag verschoben worden.

In Schmiltka hat sich der Gemeinderat, um die an der Elbe gelegenen Wiesen vor dem Zerteilenwerden seitens der Bahndenen zu schützen, auf folgende rigorose wie wirksame Weise zu helfen bemüht: an den Wiesenenden stehen, doch aufgeschüßelt, Warnungstafeln, die in fetter Schrift verkünden: Das Betreten dieser Wiese ist nur dem Rindvieh gestattet! — Es lebe der Mutterwitz!

Glasbütte. Am Sonntag hielt der 5. Müglitztal-Turngau (D. L.) hier seine 3. diesjährige Gauvorturnerstände ab. Der Beginn des Turnens wurde nach erfolgtem Aufmarsch zu den Freilübungen für das im nächsten Jahr in Chemnitz stattfindende Kreisturnfest, dem Gauvorturnerstande Völschen-Liebenau das sichtbare Zeichen des Ehrenbriefes der DL durch Gauvorturnerwart Ranzelmann-Kreische im Auftrage des Gaues überreicht, wofür erfolgtem Geräterturnen usw. wurde in der anschließenden Nachversammlung der Beschlüsse der Gauleitung für dieses Jahr von dem Gauvorkreis abgesehen, angenommen; desgl. fand der Vorschlag des Gauvorturnerstandes Völschen eine Gausgefällige zu verbinden, einstimmig Annahme. Für den am 14. August stattfindenden Hermannslauf, an dem auch der 5. M. G. teilnimmt (Nebenlauf ab 4.15 Uhr nach dem sächs.-böhm. Grenz-Kolledorf-Berggießhübel-Pirna) wurden verschiedene Anführungen noch gegeben, ebenso über das am 29. und 30. August in Gottscheubach stattfindende Gaujugendtreffen. Auch diese Veranstaltung verspricht eine gute Werbewirkung für das deutsche Turnen.

Wärenstein. Die Diamantene Hochzeit des Herrn Galle und seiner Gattin gefällte sich zu einem hohen Fest- und Freudenfest für das greise, aber rüstige Paar. Der Jubelbräutigam war früher lange Jahre Gemeindevorstand von Dorf Wärenstein und später Bürgermeister von Stadt Wärenstein. Er bekleidet noch heute das Amt des Standesbeamten und Friedensrichters. In seinen Ämtern als Vorsteher der beiden Gemeinden, sowie bei der Erfüllung seiner Pflichten hat sich Galle große Verdienste um das Allgemeinwohl erworben und sich die Achtung aller Kreise errungen.

Altenberg. Infolge der gewaltigen Niederschläge, die innerhalb 12 Stunden 55 Millimeter betrug, hat sich der Wasserstand des großen Gausenteiches so gehoben, daß der Ruderbootbetrieb in vollem Umfange ausgenommen werden kann.

Der am 22. Juli auf der Eisenbahnfahrt bei Oberschönbach entwichene Juhdhändler, Tischler Gerhard Berger, ist in Pausa i. V. bei seiner Verhaftung ergriffen und ins nächste Gefängnis eingeliefert worden.

Schönfeld, 4. August. Heute vor 25 Jahren brannte die sogenannte „Obere Mühle“ ab. Es waren das die ältesten Gebäude des Ortes.

Leipzig. Vor schwerem Unglück bewahrt geblieben sind die Frau und Tochter eines Leipziger Kaufmanns, die sich auf einem Gut in der Nähe von Burg bei Magdeburg zur Erholung befinden. In der Nacht hörte die Tochter plötzlich ein Knistern und leuchtete deshalb das Zimmer ab. Dabei entdeckte sie Risse in der Decke, die sich vergrößerten. Schnell weckte sie ihre Mutter und noch eine andere etwa 80 Jahre alte Dame. Kaum hatten alle drei sich angekleidet und das Zimmer verlassen, als die Zimmerdecke unter lautem Getöse herunterstürzte. Mit knapper Not waren die drei Frauen einem schweren Unfall entgangen.

Nicht geringes Aufsehen erregte am Sonnabend in Leipzig-Plagwitz ein Hochzeitszug. Der Bräutigam trug Radfahrerhelme, die Braut ebenfalls, und zwar Radfahrhelme, Brautkranz und Brautkleider. Voraus fuhr ein Junge von vier bis fünf Jahren als Amor. Etwa 40 Radfahrer, gabem dem Brautpaar das Geleit zum Standesamt und zur Kirche.

Schneeberg. Am Sonnabend und Sonntag fand in Schneeberg das Weitin-Bundesfesten statt. Etwa 800 auswärtige Schützen trafen am Sonnabend hier ein. In der Begrüßungsfeier am Abend hielt die Ansprache der Ehrenhauptmann der Gesellschaft, Fabrikbesitzer Willisch. Weiter sprach der Präsident des Sächsischen Weitin-Schützenbundes, Justizrat Dr. Lehmann-Dresden. Das Hauptereignis des Sonntags bildete ein Festzug, der etwa 200 Teilnehmer zählte. Danach erfolgte die Uebergabe der Bundesfahne an die Privilegierte Schützengesellschaft Schneeberg. Zu einem weihewollen Akte gefällte sich die Feldwebelung für die im Weltkrieg gefallenen sächsischen Schützen. Erstmals im Weitin-Bunde wurde ein Weitschießen veranstaltet.

Cranzahl. Der Kirche zu Cranzahl wurde eine wertvolle Gedächtnistafel aus Eichenholz mit eingemeißelten Namen und Todesdaten der 101 Kriegssopfer der Gemeinde gestiftet. Der künstlerische Entwurf stammt von dem Architekten Richard Kühn in Dresden, die gemeinsame Ausführung von dem Bildhauer Arno Oranert in Dresden und dem Holzwarenfabrikanten Otto Bretschneider (Cranzahl).

Chronik des Tages.

Der Reichstag hat die Beschwerde der kommunistischen Abgeordneten Hillel und Jadasch gegen ihren 20-tägigen Ausschluß aus dem Reichstage zurückgewiesen.

Die Römischen haben im Reichstag den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Polen und die Ausweisung sämtlicher in Deutschland sich aufhaltender Polen gefordert.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. David erlitt während einer Fraktionsführung einen Blutsturz.

Der Rechtsausschuß des Reichstages hat die erste Lesung der Amnestievorlage beendet.

Der Reichstag hat die Bier- und die Tabaksteuer in zweiter Lesung angenommen.

Die Dollarkredite.

Frankreich rühmte sich lange Zeit, der Bankier der Welt zu sein, aber in Wirklichkeit war es Deutschland, von dem selbst die heute so überreichen Vereinigten Staaten Geld für den Bau ihrer Eisenbahnen und für industrielle Unternehmungen geliehen hatte. Und zwar war Deutschland der kulanteste Geldgeber, eine Eigenschaft, für die wir nur geringen Dank erfahren haben. Heute suchen wir, namentlich in Amerika und große Unternehmungen, Anleihen in Amerika, und wir müssen anerkennen, daß die Geldleute drüben nicht unzulänglich im Kreditgeben an Deutsche sind. Allerdings sind die „zeitgemäßen Bedingungen“ nicht immer leicht, und eine Anzahl von deutschen Geldgebern hat höhere Zinsen für das amerikanische Geld zugestanden, als gerade notwendig war und die kaufmännische Klugheit riet.

Früher wurden mit der Gewährung von Anleihen nicht selten Bedingungen verknüpft, die dem Schuldner den Bezug von Fabrikaten und Waren aus dem Lande des Gläubigers auferlegten. Davon ist bei dem Geldgeschäft mit Amerika heute nicht die Rede, aber natürlich sind die Zinsen, wie schon bemerkt, den heutigen Geldverhältnissen entsprechend. Dazu ist in letzter Zeit nun noch die Tatsache gekommen, daß die Anleihebeskrift für amerikanisches Geld herabgesetzt worden sind, und in den Möglichkeiten, die aus dieser Kurzfristigkeit erwachsen können, liegen nun allerdings Gefahren, auf welche finanzielle deutsche Sachverständige warnend hingewiesen haben. Für schwache Schuldner kann eine unliebsame Lage entstehen, wenn eine Verlängerung der gewährten Kredite nur unter erschwerten Bedingungen erfolgen kann, die auch der gute Wille des Gläubigers nicht immer abzuwenden vermag, wenn die Verkeilung des Geldmarktes sich international gestaltet.

Die amerikanischen Kredite sind an Deutschland zum Zweck des Wiederaufbaues unserer wirtschaftlichen Tätigkeit gewährt worden. Die deutschen Schuldner können ihren diesbezüglichen Verpflichtungen an die amerikanischen Gläubiger nur nachkommen, wenn es uns gelingt, einen industriellen Aufschwung zu erzielen. Bei dieser Sachlage muß es eigentlich Wunder nehmen, daß eine nordamerikanische Zeitung sich neulich dahin aussprach, das Deutsche Reich habe aufgehört, wie früher ein amerikanischer Konkurrent zu sein. Das kann also nur in dem Sinn verstanden werden, daß wir nicht imstande sind, mit den Unternehmungen größten Stiles, welche das übermächtige amerikanische Kapital veranstaltet, in Wettbewerb zu treten, aber für die ehrliche Tagesarbeit dürfen wir die Konkurrenz mit den amerikanischen Fabrikaten nicht scheuen. Und wir brauchen sie auch auf denjenigen Gebieten nicht scheuen, in welchen es sich um deutsche Spezialitäten handelt, die gesucht und gut bezahlt werden, während es sich bei der amerikanischen Produktion um Massenartikel handelt, die zwar nicht selten wohlfeiler verkauft werden können, aber dafür die spezielle Eigenart vermissen lassen, welche unsere Fabrikate auszeichnet. Hier ist und bleibt das Fundament, auf dem wir unsere Zukunftspläne aufbauen wollen, die der deutschen Marke „Qualität und Spezialität“ den Weltmarkt sichern müssen. Es ist freilich für uns, wie für die internationale Arbeit überhaupt eine notwendige Voraussetzung, daß die Geschäftsförderung und die Lähmung der Kaufkraft ein Ende nehmen. Die deutsche Konkurrenz ist und wird in diesem Umfang hoffentlich bleiben, aber sie wird, wie sie es vor 1914 war, stets die eines ehrlichen Kaufmannes und fern von allem Wettbewerb unlauterer Natur sein.

Man kann über die Dawesanleihe von 800 Millionen Goldmark verschiedener Ansicht sein, die Bedeutung der Goldanleihe dürfen wir in keinem Falle unterschätzen, denn sie ist der Stabilisierung der Reichsmark wirksam zu Hilfe gekommen. Wäre Amerika mit dieser großen Goldlieferung nicht voran gegangen, die kleineren Kredite würden wohl nicht nachgefolgt sein. Wir wollen also nicht vergessen, daß Amerika uns ein Helfer in kritischer Zeit gewesen ist, der wohl dabei gut verdient hat, aber doch zur Stelle war, als sich sonst niemand zur Hilfeleistung bereit fand.

Hilfe für die Flüchtlinge.

Neue Maßnahmen der preussischen Regierung.

Der preussische Minister des Innern, Severing, der von Schneidemühl nach Berlin zurückgekehrt ist, hat durch einen Anschlag in dem Flüchtlingslager in Schneidemühl die neuen Maßnahmen mitgeteilt, durch die dem Elend der aus Polen vertriebenen deutschen Opatantenfamilien abgeholfen werden soll. Danach wird von der preussischen Regierung alles daran gesetzt, um einmal den Abtransport eines erheblichen Teils der Opatanten in die einzelnen preussischen Regierungsbezirke stark zu beschleunigen und sodann für die im Lager Zurückbleibenden weitgehende Erleichterungen ihrer schwierigen Lage zu schaffen.

In diesem Zweck sind an die preussischen Regierungspräsidenten eilige dienstliche Anweisungen des Ministeriums des Innern ergangen, sofort alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die ihnen zugewiesene Zahl von Opatanten in ihrem Regierungsbezirk beruflich unterzubringen und mit Wohnung zu versorgen. Voraussichtlich werden auf diese Weise noch in dieser Woche 1500 bis 2000

Opatanten in die einzelnen Regierungsbezirke verteilt werden, sobald eine erhebliche Entlastung des Lagers Schneidemühl eintritt. Im Ganzen wurden bis jetzt schon Opatanten mit einem Familienstand von 5000 Personen beruflich untergebracht.

Für die vorläufig noch im Lager verbleibenden Flüchtlinge soll so rasch wie möglich für andere Unterkunft gesorgt werden. Durch Erlass der Regierung werden in allen Ortschaften in der Provinz Grenzmark sämtliche Wohnungen beschlagnahmt, die nur irgendwie entbehrlich sind und für die Unterbringung benutzt werden können. Es sollen ferner alle Wohnungen, die in der Grenzmark als Opatanten-Wohnungen im Bau sind, und im Oktober oder Frühjahr fertig sein werden, schon jetzt als Notwohnungen hergerichtet werden. Die Städte werden aufgefordert, eine Anzahl Häuser so schnell wie irgend möglich fertigzustellen.

Im Lager selbst

werden Bettgestelle in ausreichender Anzahl aufgestellt und die Zahl der vorhandenen Familienstellen vermehrt. Die Kranken werden in den Krankenhäusern Schneidemühls und der benachbarten Landkreise untergebracht. Für die Unterbringung der Kinder soll in der Nähe von Schneidemühl ein Kinderheim auf römischem Boden gebaut werden. Die Stadt stellt das Holz, 50 000 Mark stellt die Regierung zur Verfügung. Ferner sollen Kinder auf dem Lande untergebracht werden, ebenso wie es mit den Ferienkindern geschehen ist. Ein regelmäßiger Unterricht soll nach den Ferien durchgeführt werden.

Der Jugend und den sportlustigen Männern im Lager werden sich Sportgewandte Beamte der Schutzpolizei zur Verfügung stellen, um durch Sport und Spiel den Jähren des Lagers über die erzwungene Untätigkeit hinwegzuhelfen. Die im Lager befindliche Wesslebarade wird zu einem Unterhaltungs- und Besessal umgewandelt. Es wird im Lager eine Beratungskommission eingerichtet, die den Opatanten unentgeltlich in allen Rechts-, Wohnungs- und Berufsfragen Auskunft geben soll.

Das Vieh der Flüchtlinge soll wegen Seuchengefahr zunächst in Quarantäne kommen. Es wird in ausreichendem Maße bewacht und mit Futtermitteln beliefert werden. Weiter wird von der Regierung der Schutz gegen Feuergefahr durchgeführt werden. Von Berlin aus ist eine Abordnung von sechs Feuerwehrleuten eingetroffen, die das Feuerlöschwesen im Flüchtlingslager organisieren soll.

Die Regierung zur Amnestie.

Eine Erklärung im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beendete die erste Lesung der Amnestievorlage. Die Reichsregierung gab eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Die Reichsregierung hat die Fassung so gewählt, daß das Gesetz an dem Tage nach der Verkündung in Kraft treten kann. Dabei war die Regierung sich darüber einig, daß am Tage nach der Verkündung nicht alle diejenigen aus den Gefängnissen bereits entlassen werden können, die unter die Amnestie fallen. Trotzdem hält es die Reichsregierung für angebracht, es bei den erwähnten Bestimmungen ihrer Vorlage, also dem Inkrafttreten am Tage nach der Verkündung zu belassen, aus der Erwägung heraus, daß der Reichstag nicht ein Gesetz auf Straffreiheit beschließen möge mit der Bestimmung, daß es etwa erst eine Woche nach der Verkündung in Kraft treten könne.“

Reichsjustizminister Dr. Frenken erklärte, es solle durch die Fassung der Regierung erreicht werden, daß in allen vorliegenden Fällen die Entlassung des Amnestierten aus der Strafhaft sofort erfolgen könne.

Mit neun gegen drei Stimmen bei zehn Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und der Kommunisten stimmte der Ausschuss einer Entschließung des Abgeordneten D. Dr. Kahl (D. Bp.) zu, wonach die Reichsregierung auf die Länderregierungen einwirken soll, daß auch in den Ländern alsbald eine Amnestie im Mindestumfang der gegenwärtigen Reichsamnestie in die Wege geleitet werde. Gegen diese Entschließung stimmten die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Die zweite Lesung der Amnestievorlage vertagte der Ausschuss auf Donnerstag.

Der Hafen von Danzig.

Die Entscheidung des Völkerbundesausschusses.

Das Sachverständigenkomitee zur Abgrenzung des Hafengebietes von Danzig für den polnischen Postdienst hat seine Arbeiten abgeschlossen. Ueber den Inhalt verlautet, daß das Urteil für die Stadt Danzig ungünstig ausgefallen sei, da ein nicht unwesentlicher Teil der Stadt Danzig dem Hafengebiet zugerechnet wird.

Das Komitee hat einen Bericht ausgearbeitet, in welchem das Zustandekommen einer vollständigen Einigung festgesetzt wird. Bei seinen Vorschlägen zur Festlegung der Abgrenzung des Hafengebietes, für die die sogenannte „grüne Linie“ eingeführt wird, stützt sich das Komitee auf den Beschluß des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Haag, der der Ansicht Ausdruck verliehen hat, daß nach dem Wortlaut des Vertrages von Versailles und der Pariser Konvention im vorliegenden Streitfall unter dem Begriff „Hafengebiet von Danzig“ eine „territoriale Zone“ zu verstehen ist. Der Bericht mit den Vorschlägen der Sachverständigen wird zunächst dem Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig zugeleitet, bevor er den Mitgliedern des Völkerbundsrats zugestellt wird.

Painlevé über Marokko.

Ende des Marokkofeldzuges Ende Oktober?

Der französische Ministerpräsident Painlevé hielt dieser Tage bei einem Turnierfest in Lutun (Département Saone et Loire) eine große politische Rede, in der er vornehmlich die marokkanische Frage behandelte. Dabei gab er sich rechtlich Miße, das französische Volk, das bekanntlich für die Marokkoabenteuer der Pariser Regierung herzlich wenig übrig hat, von der Notwendigkeit des Marokkofeldzuges zu überzeugen.

Der Ministerpräsident betonte zunächst, daß der Krieg einzig und allein durch den Vorstoß Abd el Krims auf Fez entstanden sei. Wenn ein Land wie Frankreich aus allen Werten geblutet habe, sei es bitter, noch einmal einen verlustreichen Kampf zu führen. Es wäre daher ein Verbrechen, den Krieg in Marokko eine Stunde länger zu führen, als unbedingt notwendig sei.

Über Marokko müsse verhandelt werden, denn diese Zone ausgeben, heiße Nordafrika ausgeben. Dies würde das Ende des französischen Kolonialreiches bedeuten, das Ende seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit, das Ende des Prestiges Frankreichs und seines Einflusses in der Welt.

Man habe keinen Tag verloren, um die Bedingungen für einen dauernden Frieden auszuarbeiten. Von den Riffleuten hänge es jetzt ab, ihn anzunehmen. Zugleich aber habe man auch keinen Tag verloren, um militärische Operationen großen Stils vorzubereiten, die sofort beginnen würden, wenn die französisch-spanischen Bedingungen nicht angenommen werden. Keine Regierung hätte in Marokko eine andere Politik verfolgen können, wie die französische es getan habe. Er hege die feste Hoffnung, daß spätestens Anfang Oktober der Marokkofeldzug beendet sein würde.

Die französischen Verluste in Marokko. Nach der marokkanischen Zeitung „Petit Marocain“ betragen die französischen Verluste im Monat Juli mehr als 500 Tote und 3000 Verwundete.

Ueber die Vorbereitungen der französischen Offensive wird dem „Temps“ aus Rabat gemeldet, daß in Ostmarokko große Truppenbewegungen vor sich gingen. Der Ort Debda ist in ein großes Feldlager umgewandelt. Hier werden sämtliche französischen Verstärkungen zusammengezogen und mit Autos nach Taza gebracht.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 5. August 1925.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Reichsminister des Innern für die besetzten Gebiete, das zurzeit vom Reichsjustizminister Dr. Frenken verwaltet wird, dem rheinischen Abgeordneten v. Guérard angeboten.

Ministerialdirektor a. D. Otto Raumann, der nicht weniger als 36 Jahre lang ununterbrochen dem preussischen Kultusministerium angehört und sich die größten Verdienste um die preussischen Hochschulen erworben hat, ist im Alter von 74 Jahren gestorben.

Die Remuneration zum Badischen Landtag sind auf Sonntag, den 25. Oktober, anberaumt worden.

Die kommunistische Beschwerde zurückgewiesen. Die beiden kommunistischen Reichstagsabgeordneten Jadasch und Hillel hatten gegen ihren 20-tägigen Ausschluß durch den Vizepräsidenten Graef-Führingen in der Sonnabend-Sitzung beim Präsidenten des Reichstages, Lobe, offiziell Protest eingelegt. Der Präsident hat die kommunistische Beschwerde dem Ältestenrat vorgelegt, der sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt stellte, daß diese Einsprüche unberechtigt seien. Das Reichstagsplenum ist dieser Ansicht beigetreten. Es bleibt also bei der Entscheidung des Vizepräsidenten Graef. Die Ausgeschlossenen dürfen übrigens während der Dauer der Ausschließung auch an Ausschusssitzungen nicht teilnehmen. Da die Geschäftsordnung von einem Ausschluß an zwanzig „Sitzungstagen“ spricht, gilt der Ausschluß also nur für solche Tage, an denen Sitzungen stattfinden. Vertagt sich der Reichstag, bevor eine solche Ausschlußfrist abgelaufen ist, so läuft diese also für die Sitzungstage nach dem Wiederzusammentritt fort. Wie wir weiter in derselben Angelegenheit hören, hat der Reichstagspräsident Lobe, auf Grund seines Hausrechts, wie dies auch in früheren Fällen geschehen ist, den beiden ausgeschlossenen Abgeordneten das Betreten des Reichstagsgebäudes überhaupt untersagt.

Rundschau im Auslande.

Französische Zahlungen an Amerika.

Die französische Regierung hat an die Vereinigten Staaten den Betrag von 10 Millionen Dollar als zweite Rate der jährlichen Zinsen der 400 Millionen gezahlt, die aus dem Ankauf überzähligen Kriegsmaterials aus den Beständen der amerikanischen Hilfstruppen geschuldet werden. Dieser Ankauf, der nach Abschluß der Feindselbstleistungen erfolgt ist, hat mit den französischen Kriegsschulden nichts zu tun.

Briands Reise nach London.

Nach Pariser Pressemeldungen hat sich der französische Außenminister Briand am Mittwoch nach London begeben, um mit dem englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Chamberlain, über die Verantwortung der letzten deutschen Sicherheitsnote vom 30. Juli d. J. zu verhandeln. Briand und Chamberlain werden auf Grund des von englischer Seite ausgearbeiteten Vorschlages in eine eingehende Prüfung des Sicherheitspakttrags eintreten, zu dem auch ein französischer Gegenvertragsentwurf vorliegt. Der Meinungsaustausch dürfte nicht länger als 48 Stunden dauern.

Die Bier- und Tabaksteuer angenommen.

— Berlin, den 4. August 1925.

Die Steuerdebate im Reichstag.

Zu Beginn der Sitzung teilte Präsident Lobe mit, daß der Abg. Dr. David (Esa.) bei der heutigen Sitzung

Drucksachen aller Art: C. Jehne

Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Blutschrei erklingen habe. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß Dr. David bald wieder genesen möge.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen wurde darauf fortgesetzt bei der Tabaksteuer.

Inzwischen war ein Antrag der Regierungsparteien eingegangen, wonach die durch die Steuererhöhung eintretende Erwerbslosigkeit in jedem Falle als Kriegsfolge im Sinne der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge behandelt werden soll und die durch Kurzarbeit geschädigten Kurzarbeiter Unterstützung erhalten sollen.

Nach kurzer Aussprache, in der sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns für den Antrag der Regierungsparteien und gegen den demokratischen Antrag aussprach, folgten die Abstimmungen. Der kommunistische Antrag auf vollständige Aufhebung aller Biersteuern wurde abgelehnt. Der völkische Antrag auf Abolition der Biersteuererhöhung verfiel mit 227 gegen 161 Stimmen der Ablehnung.

Der Kompromißantrag der Regierungsparteien wurde angenommen, wonach die Biersteuer vom 1. April 1926 ab um rund 33 1/2 Prozent erhöht wird.

Für Tabaksteuer wurde ein demokratischer Antrag, der die Verschärfung über diese Steuer bis zum Herbst hinausschieben will, mit 229 gegen 155 Stimmen bei acht Enthaltungen abgelehnt. Die Anträge auf Streichung der Tabaksteuer wurden abgelehnt.

Die Zigarettensteuer wurde in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse angenommen, ebenso der Antrag der Regierungsparteien auf Unterdrückung der durch die Steuererhöhung erworbene Tabakarbeiter.

Angenommen wurde auch der Antrag Fuller (Dnt.) auf Errichtung eines Reichstabsakademieinstituts in Baden. Es folgte die

zweite Lesung der Verbrauchssteuern

und zwar der Weinsteuern, der Händwarensteuern, der Salzsteuer, der Zundersteuer und der Spielkartensteuer.

Im Verlauf der Aussprache erklärte Staatssekretär Dr. Popitz auf eine Kritik des sozialdemokratischen Abg. Soliman an der Tätigkeit der Branntweinmonopolverwaltung, den Wünschen sei die Regierung rücksichtslos entgegengetreten. Der Kampf gegen die Schwarzbrennerei würde noch länger dauern, aber die Verwaltung würde den Sieg erringen. Von den Beamten der Monopolverwaltung sei nur ein einziger schwer belastet. Ein Gesetz zur Umstellung der Mängel bei der Monopolverwaltung sei in Vorbereitung.

Ein kommunistischer Vorstoß

Um 1/4 Uhr machten die Kommunisten einen Vorstoß, und zwar in einem Augenblick, als der Sitzungssaal fast leer war. Der Abg. Grenzberg verlangte das Wort und beantragte, durch Reichstagsbeschluss den abwesenden Reichsfinanzminister v. Schlieffen herbeizurufen. Ein anderer Kommunist bezeugte die Weisheitsfähigkeit des Hauses. Vizepräsident Dr. Bell vertagte darauf die Abstimmung, da kaum 10 Abgeordnete im Saale anwesend waren. Inzwischen strömten die Abgeordneten in den Saal. Das Haus wurde beschlussfähig. Der kommunistische Antrag auf Herabsetzung des Finanzministeriums wurde darauf gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die sachliche Aussprache nahm dann ihren Fortgang. Nach eingehender Aussprache der einzelnen Parteien wurde die Abstimmung über die Weinsteuern zurückgestellt. Dierauf trat das Haus in die Beratung der Salzsteuer.

Schließlich wurden die Verbrauchssteuern nach den Kompromißbeschlüssen bewilligt. Der Antrag, die Steuerfreiheit für alkoholfreie Frauen- und Obligatentränke zu beseitigen, wurde mit 201 gegen 167 Stimmen bei neun Enthaltungen angenommen.

Die Steuern für Schaumweine wurden auf 30, die Weinsteuern auf 20 Prozent festgesetzt. Sie wird jedoch für die nächsten zwei Jahre um ein Viertel vermindert, beträgt also für diese Zeit nur 15 Prozent. Bei den übrigen Verbrauchssteuern wurden die Kompromißbeschlüsse beibehalten.

Aus Stadt und Land.

Deutscher Studententag. Den Teilnehmern des zurzeit in Berlin stattfindenden deutschen Studententages hatte die Stadt Berlin am Montag Verkehrsautos zu einer Rundfahrt durch Berlin und die näheren westlichen Vororte zur Verfügung gestellt. Im Anschluß daran fand im Charlottenburger Rathaus ein einfacher Jumbi statt, bei dem Bürgermeister Scholz die Begrüßungsansprache hielt. Er betonte, daß nach dem Verbot der Abhaltung des Studententages in Bonn durch einen Nachspruch der Interalliierten Kommission gerade Berlin als Symbol der Einigkeit gewählt sei. Nach einem Hoch auf das Vaterland sprach der Vorsitzende der deutschen Studentenschaft, Bauer, den Dank an die Stadt Berlin aus, die nicht eine typische Universitätsstadt sei, aber den Studententag besser aufgenommen habe, als man es bisher gewohnt war.

Wieder zwei Todesopfer durch Spielen mit Schusswaffen. Auf dem Gute Kamau bei Gumbinnen legte der Bruder des Besitzers Dobberstein im Scherz auf seine neunjährige Nichte an. Unglücklicherweise war das Gewehr geladen und das Kind fand, von einer Kugel getroffen, tot hin. — Mit einem Revolver geschah dasselbe Unglück auf der Jagd bei Dullen. Hier tötete der Tischlergeselle Emil Probst die 18-jährige Tochter des Biegelmeisters Ulrich.

Im Hochwasser ertrunken. Durch ein Hagelwetter und einen Wellenschlag von ganz außerordentlicher Stärke sind in der niederösterreichischen Gemeinde Staat, eine Eisenbahnstunde nördlich von Wien, drei Personen ums Leben gekommen, die Schutz unter einem Eisenbahnüberlauf gesucht hatten und in dem hereinbrechenden Hochwasser ertranken.

Einem fürchtbaren Nachschiff ist das russische Dorf Ivanomino im Gouvernment Kostroma zum Opfer gefallen. Während die weißen Bauern auf dem Felde waren, setzte ein Bauer namens Grasschew, der mit der Dorfgemeinde wegen Landanweisungen in Streit lag, die letzten Strohdächer mehrerer Häften des Dorfes in Brand, und bei der Bauart russischer Dörfer verbreitete sich das Feuer mit reißender Schnelligkeit. Als die Bauern zur Rettung ihrer Häften herbeieilten, empfing sie Grasschew mit Flintenschüssen und tötete nicht weniger als 17, darunter den Dorfpolizisten. Auch alle Pferde der Bauern erschoss er. Von dem ganzen Dorf ist nur ein Trümmerrumpf übrig. Grasschew ist geflüchtet. Soldatenabteilungen durchkreuzen die umliegenden Wälder, um ihn zu fangen.

Orkanverwüstungen in Paris. Nachts zwei Uhr ging in Paris über dem Platz de la République und den Seitengassen ein wolkenschwartzartiger Regen nieder, begleitet von einem orkanartigen Sturm. Starke

Bäume wurden entwurzelt und Gasfandelaber umgerissen. Bedeutender Sachschaden wurde angerichtet.

Zyphus in Ribbed. In dem durch das Gedicht Fontanes bekannt gewordenen Ribbed bei Rauen sind zwei Personen am Zyphus erkrankt. Schuld daran tragen aber nicht die Birnen von dem berühmten Birnbaum auf dem Grabe des „von Ribbed auf Ribbed in Habelland“, sondern die ungünstigen Wasser-Verhältnisse. Dort sind immer noch verschiedene Brunnen vorhanden, die heute nicht mehr zeitgemäß sind. Die Erneuerung der Brunnen ist immer lediglich an der Kostenfrage gescheitert. Der Kreisarzt hat die nötigen Maßnahmen bereits getroffen. Die Wohnungen der Erkrankten sind desinfiziert und eine Gefahr irgendwelcher Art besteht nicht mehr.

Einweihung der Hamburger Flugzeughalle. Die neue Hamburger Flugzeughalle in Fuhlsbüttel wurde am Montag dem Luftverkehr übergeben, wobei Bürgermeister Dr. Petersen die Einweihungsrrede hielt. Die Gäste wurde Gelegenheit geboten, die neue Halle in ihren sämtlichen Anlagen zu besichtigen. Die Halle mit den Anbauten ist 74 Meter breit, 10 Meter hoch und 30 Meter tief. Die eigentliche Halle, die zwölf modernen Flugzeugen Raum bietet, hat eine Breite von 60 und eine Tiefe von 30 Metern. Die mächtigen Tore sind sieben Meter hoch. In den zweistöckigen Anlagen sind die Verwaltungsräume für die Gesellschaften sowie die Behörden, Funkstation, Werkstätten usw. untergebracht.

Mord oder Selbstmord? In Bad Sulza wurde der aus Apolda stammende Kaufmann Walter Buschmann mit einer Schussverletzung in der linken Schläfe tot aufgefunden. Nach den Feststellungen, die sofort vom Landes kriminalamt aufgenommen wurden, hatte Buschmann sich am 1. August von 10—12 Uhr nachts in dem Schützenhaus in Bad Sulza aufgeschalen und war dort mit einer Person, die nicht näher beschrieben werden kann, in Streit geraten. Ob eine strafbare Handlung oder Selbstmord vorliegt, steht noch nicht fest.

Westfalen in Preußen voran. Die stärkste Einwohnerzunahme hat von allen preussischen Provinzen Westfalen zu verzeichnen. Es hat jetzt 4 896 715 Einwohner gegen 3 128 756 im Jahre 1910. Das sind 16,42 Prozent Zunahme. Von den drei westfälischen Regierungsbezirken Münster, Minden und Arnberg steht Münster mit einem Mehr von 286 000 Einwohnern oder 28,97 Prozent prozentual an der Spitze.

Das befreite Essen. Im Essener Rathaus überbrachte der Regierungspräsident von Düsseldorf, Bergemann, den Vertretern des Stadt- und Landkreises Essen sowie dem Vertreter der Polizeiverwaltung die Glückwünsche der Staatsregierung zu der Räumung Essens. In Vertretung des behinderten Oberpräsidenten war Regierungsrat Flach erschienen. Regierungspräsident Bergemann erklärte, sein inniger Wunsch sei, daß sich die Schicksalsgemeinschaft, die sich im Ruhrkrieg herangebildet habe, ohne Unterschied der Konfession und der Parteien fortsetzen möge. Oberbürgermeister Bracht dankte im Namen der Stadt und ihrer Bürger für die Wünsche der Staatsregierung.

Seidenstilllegung und Feierschichten. Die Seidenwerke haben beschlossen, die „Seide „General“ in Weimar am 1. September d. Js. stillzulegen. Die Verwaltung bemerkt dazu, daß zu diesem Beschluß nicht allein der Abzweig, sondern auch die hohen sozialen Lasten und besonders die untragbare Gewerbesteuer der Gemeinde Weimar Veranlassung gegeben habe. Von der Stilllegung werden 55 Beamte und 710 Arbeiter betroffen. Infolge Abzweigmangels sind auf den Seiden von Deutsch-Luxemburg, „Prinzregent“, „Karl Friedrich“, „Julius Philipp“ und „Friedrich“ Feierschichten eingelegt worden. Auf den westfälischen Eisen- und Drahtwerken sind in den letzten Tagen ebenfalls Feierschichten wegen Abzweigmangels eingelegt worden.

Der Seidenbau im Ruhrgebiet. Der Seidenbau im Gebiet der südlichen Randseiden macht so gute Fortschritte, daß vom 9. bis 11. August die erste Seidenbau-Ausstellung in Hattingen stattfindet. Im September wird eine solche in Essen und in Barmen veranstaltet.

Jahrtausendfeier in Aachen. Der Landkreis Aachen veranstaltete in Aachen eine Jahrtausendfeier, an der über 300 Vereine teilnahmen. Bei der Feier im Gesellenhause hielt Professor Dr. Caselle die Festrede. Landrat Pütz teilte mit, daß der Kreisrat des Landkreises Aachen in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt habe, eine soziale Einrichtung zu schaffen, die dem Arbeiter und seinen Mittelstände zugute kommen solle, es sei hierfür die Summe von 200 000 Mark bewilligt worden. Ferner seien 30 000 Mark dem Verein Studententag der Technischen Hochschule von privater Seite gestiftet worden. Mit der Tannhäuser-Überfahre schloß der würdige Festakt. Auf allen öffentlichen Plätzen fanden Turn- und sonstige sportliche Vorführungen mit Konzerten statt.

Vorbereitungen für eine amerikanische Nordpolexpedition. Wie in Washington eingetroffene Telegramme besagen, ist Mac Millans Nordpolexpedition in Etah eingetroffen, wo ihre grönländische Basis für den Polarflug eingerichtet werden soll.

Neue belgische Kontramunition. Durch das belgische Kriegsgericht in Gent sind am 27. Juni d. Js. die ehemaligen Angehörigen der Besatzungsarmee in Belgien, Karl Zimmermann und Fritz Stoll, wegen angeblicher Tötung in Abwesenheit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

Ein Mitschuldiger der bulgarischen Sprengstoffattentäter hingerichtet. In Sofia ist der ehemalige Major Rangul Miltenow als Mitschuldiger an der Explosion in der Kathedrale St. Nedelja öffentlich durch den Staatsanwalt hingerichtet worden. Miltenow hatte die Attentäter mit Crystallin Pulver und Puffen versorgt.

Handelsteil.

— Berlin, den 4. August 1925.

Am Devisenmarkt lagen nur geringe Anregungen zu Kursänderungen vor. Etwas schwach lag der belgische Franken, befestigt war der polnische Gulden. Am Getreidemarkt trat eine neue starke Verflaumung ein. Die Getreidepreise der Industrie fuhren zu neuen

starken Abgaben, die das Kurstiveau erheblich herabdrückten. Auf dem Produktmarkt zeigten die Weizen weder für Weizen noch Roggen größere Kauflust, da sie mit dem Fortschreiten der Herbstarbeiten größere Zufuhren und damit einen Preisabschlag erwarteten. Daher wurde zu unveränderten Preisen in guter Qualität reichlich angeboten, die Verbraucher kauften aber sehr vorsichtig. Für Gerste und Mais fehlte Beachtung. Hochwertige Futterstoffe sowie Rohstoffe wurden zu unveränderten Notierungen nur in kleinen Mengen erworben. Devisen hatten lilles Geschäft.

Warenmarkt.

(Amtlich.) Getreide und Devisen bei 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 246—249. Roggen Märk. 184—190. Sommergerste —. Futtergerste —. Wintergerste 187—195. Hafer Märk. —. Mais loco Berlin 213—215. Weizenmehl 33—35. Roggenmehl 26,50—28,50. Weizenkleie 13,90—14. Roggenkleie 13,80. Raps 350—360. Weizenöl —. Vorkornöl 27—34. Kleine Speiseerbsen 25—27. Futtererbsen 23—25. Pelusken 23—25. Ackerbohnen —. Wicken 26—28. Lupinen blaue 11,75—13,25 gelbe 15—16,50. Erbsella —. Korbstücken 16,80. Weizenstroh 23,60—23,80. Trockenstängel 12,20—12,40. Sojabohnen 22,40—22,60. Zerkleinertes 30—70 10. Kartoffelstücker 26—26,50.

Heu und Stroh.

(Amtlich.) Erzeugerpreise für 50 Kilo ab märkischer Station, frei Wagon, für den Berliner Markt in Reichsmark: Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) 0,90—1,25 drahtgepr. Haferstroh (Quadratballen) 0,75—1,00, drahtgepresstes Weizenstroh (Quadratballen) 0,80—1,10, Roggenlangstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1,20—1,70, bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 0,90—1,30, Stängel 1,30—1,75, handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Befug mit minderwertigen Gräsern 2,90 bis 3,40, gutes Heu, desgleichen nicht über 10 Prozent Befug 3,60—4,20, Melkheuen, lose, 2,20—2,70, Kleeheuen, lose, 4,40—4,90.

Gedenktage für den 6. August.

1809 * Der Dichter Alfred Tennyson in Somersbyh († 1892) — Soldaten wird Republik — 1870 Siege der Deutschen bei Wörth und Spichern — 1914 Feindeserklärung Österreich-Ungarns an Rußland und Serbiens an Deutschland — 1906 (6.—9.) 6. Jangschlacht. Sonne: Ausgang 4,31, Untergang 7,59. Mond: Ausgang 9,3 N., Untergang 6,43 W.

Letzte Nachrichten.

Deutsche Vergeltungsmassregeln gegen Polen. — Berlin, 5. August. Das preussische Innenministerium hat die Regierungspräsidenten — soweit Preußen in Frage kommt — aufgefordert, bis zum 7. d. M. die Liste der zwangsweise abzuschiedenden Polen bekannt zu geben. Sobald das Auswärtige Amt von gewaltsamen Abschüssen deutscher Optanten in Polen Kenntnis erhält, werden gleiche Vergeltungsmassnahmen durch Verordnung der Landesregierungen bekannt gegeben werden. Schätzungswise halten sich in Deutschland 14 000 polnische Optanten auf.

Kein deutscher Generalstabsoffizier bei Abd el Krim. — Berlin, 5. August. „Petit Parisien“ machte Mitteilung von der Anwesenheit deutscher Generalstabsoffiziere bei Abd el Krim und nannte die Namen Forster und v. Tannenberg. Diese Mitteilungen sind absolut erfunden. Im übrigen sind die von dem Blatt genannten Namen weder in der früheren noch in der heutigen Rangliste zu finden.

Die Todesfälle im Schneidemühlener Lager. — Schneidemühl, 5. August. In dem Flüchtlingslager sind bisher sechs Todesfälle — ein Mann und fünf Kinder — vorgekommen. Bei dem Erwachsenen handelt es sich um einen lungentuberkulösen Mann, und bei den Kindern um solche, die bereits mit Typhus durchfall ins Lager kamen und wahrscheinlich auch unter anderen Verhältnissen dieser gefährlichen Kinderkrankheit erlegen wären. Nach Ansicht der hygienischen Sachverständigen ist diese Sterblichkeits- und Krankheitsziffer für die plötzliche Zusammendrängung von nahezu 6000 Menschen in heißer Jahreszeit und nach dem Strapazieren der Abwanderung und der für ein solches Lager als erfreulich gering zu bezeichnen.

Freigabe beschlagnahmten deutschen Vermögens in Rußland. — Berlin, 5. 8. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Regierung Rußlands ist bereit, Anträge deutscher Staatsangehöriger auf Freigabe ihres beschlagnahmten Vermögens aus Gründen der Menschlichkeit in den Fällen in Erwägung zu ziehen, wo das Vermögensvermögen noch nicht auf Grund von Artikel 297 des Vertrages von Versailles dem deutschen Liquidationskonto gutgeschrieben ist. Falls die Aufsicht auf Liquidationskonto feststellen darf, kann eine Freigabe nicht mehr in Frage kommen. Die Schlußfrist für die Entgegennahme der Anträge ist auf den 31. Oktober dieses Jahres festgesetzt worden.

Aufnahme von Optantenkindern in der Landwirtschaft. — Berlin, 5. 8. Der Reichslandbund hat beschlossen, 5000 aus Polen ausgewiesene Optantenkinder auf dem Lande unterzubringen.

Der Arbeitsplan des Reichstages. — Berlin, 4. August. Der Vorkonferenz des Reichstages hat heute den Arbeitsplan für den Rest des Tagungsabschnittes verteilt. Am Mittwoch soll verhandelt werden, die 2. Lesung der Steuervorlage zu Ende zu führen. Der Donnerstag vormittag soll von einer Plenarsitzung frei bleiben, um den Fraktionen Zeit zur Vorbereitung der Jollvorlage zu geben. Am Donnerstag nachmittag soll die Angelegenheit des Flüchtlingslagers in Schneidemühl besprochen werden, falls die Regierung an diesem Tage zur Beantwortung der Interpellation bereit ist. Der Freitag soll der 3. Lesung der Steuervorlage gewidmet sein. Man hofft, sie in einem Tage durchzuführen. Sodann soll am Sonnabend die 2. Lesung der Jollvorlage in Angriff genommen werden. Bis wann die Jollvorlage in der 3. Lesung endgültig erledigt werden kann, ist jedoch noch ungewiß. Eine Sonntagsession ist bisher nicht in Aussicht genommen.

Der Jolland Dr. Davids befreit. — Berlin, 4. August. Das Besinden des Reichstagsabgeordneten Dr. David, der heute früh in der sozialdemokratischen Fraktionssitzung an Malaria erkrankte, ist am Abend befriedigend, so daß zur Zeit keine Lebensgefahr besteht.

Der Reichslandbund für Aufhebung der landwirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrverbote. — Berlin, 5. 8. Der Reichslandbund faßte eine Entschliessung, in der er gegen die Verbeibaltung der Ein- und Ausfuhrverbote landwirtschaftlicher Erzeugnisse Stellung nimmt. Er fordert ferner, daß bei Inkrafttreten von Jollen das Einfuhrsystem der Vorkriegszeit wieder in Kraft gesetzt wird.

Griechische Mobilisierung gegen Bulgarien. — Sofia, Am 25. Juli wurde in der Umgebung von Stani-mapas der Grieche Nikolaidis von unbekanntem Täter ermordet. Heute wurde hier plötzlich bekannt, daß Griechenland bei der bul-

garischen Regierung gegen die Ermordung Nikolaidis Protest erhoben und die Ergreifung des Mörders und dessen strengste Bestrafung gefordert habe. Es wurde weiter bekannt, daß sowohl aus Saloniki wie auch aus Kavalla an die bulgarische Grenze Gruppen abgegangen sind, bei deren Abmarsch es zu scharfen Demonstrationen gegen die Bulgaren kam. Die Nachricht über militärische Maßnahmen gegen Bulgarien hat in offiziellen und privaten Kreisen niederschmetternden Eindruck hervorgerufen, um so mehr, als die Wiener Presse mit Festigkeit die Befreiung von bulgarischen Grenzorten verlangt, bis der Zwischenfall beigelegt ist.

Die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau.

Essen, 5. 8. Nach der Aufstellung des Landesarbeitsamtes Westfalen (Abteilung Bergbau Bochum) beträgt die Zahl der arbeitslosen Bergleute im Ruhrbergbau gegenwärtig schätzungsweise 15 000 Mann. Bis zum 15. August sind weitere Entlassungen von 13 000 Mann angehängt.

Amerikanische Liebesgaben für Schneidemühl.

Schneidemühl, 5. 8. Die amerikanische deutsche Liebesgabenstelle im New York hat dem Kommandanten des Durchgangslagers in Schneidemühl, Oberst Engelin, telegraphisch mitgeteilt, daß es in New York Hilfsstellen gebildet habe, um besonders hilfsbedürftigen vertriebenen Opfern Liebesgabenpakete zu schicken. Die betreffenden Adressen werden dem amerikanischen Komitee sofort zur Verfügung gestellt werden.

Regelergebnisse in Annaberg.

Annaberg, Ergebnisse vom 4. August: Städtewettbewerb Leipzig 2711, Reutkirchen 2655, Reichen 2624, Plauen 3 2532, Plauen 2 2572. Höchster Wurf Drechsler-Reutkirchen 556 Holz, Silbermeisterhaft: auf 9 Rungen erhielten: Max Neumann-Plauen, Otto Moses-Leipzig. Sportabzeichen erwarben: Bergmann-Oersdorf mit 1157 Holz, Schöffler-Reutkirchen mit 1116 Holz, Paul Sitt-Leipzig mit 1122 Holz, Birnbaum-Baun mit 1127 Holz, Max Köppler-Döbeln mit 1105 Holz, 50-Rungenbahn: Hermann Rein-Buchholz mit 321 Holz, Wäntner-Chemnitz mit 314 Holz, Bohlendahn-Dresden auf 5 Rungen 43 Holz, Damenpaukbahn: Helene Kramer-Zwickau 21 Holz, Ehrenbahn: Dietrich-Chemnitz J. P. 67 Holz, Johann Schneider-Oberreitthal 65 Holz, Industriebahn: Richter-Pulsnitz 4 Rungen 31 Holz, Grimmer-Leipzig 31 Holz, Weispflug-Annaberg 30 Holz, Silberbahn: Ziegner-Golditz 31 Holz, Franz Salzer-Jöhstadt 28 Holz, Kurt Stöber-Baun 27 Holz, Wilhelm Richter-Zwönitz 28 Holz.

Sächsisches

Vom Sächsischen Mühlenverband wird folgendes geschrieben: In der letzten Zeit sind in der Presse verschiedene Berechnungen erschienen, nach denen mit Einführung von Mehlgöllen eine starke Preissteigerung eintreten würde. In den meisten Fällen handelt es sich um falsche Voraussetzungen und einseitige theoretische Errechnungen, und vor allen Dingen wird stets der volle Mehlgölla als Grundlage angenommen. Nun stützt sich aber die Ernährung des deutschen Volkes hauptsächlich auf Roggenbrot, und Roggen ist verhältnismäßig wenig vom Ausland hereingekommen. Nach der Reichstatistik wurden im Jahre 1924 eingeführt: 5 672 018 Tonnen Weizenmehl und 618 592 Tonnen Roggenmehl. Bei großer Roggenernte, wie sie in diesem Jahre zu erwarten steht, dürfte die Einfuhr von Roggenmehl noch geringer sein, und die Inlandsmehle kommen ja für den Mehlgölla nicht in Frage. Es braucht also unter Umständen eine Preissteigerung kaum einzutreten, und die jetzigen mäßigen Erhöhungsberechnungen des Brotes sind deshalb fast wertlos. Daß Jälle nicht immer zu einer Verteuerung führen, mag die einfache Tatsache erweisen, daß vor dem Kriege die deutsche Mühle dank der Schutzzölle den starken ausländischen Wettbewerb aushalten und sogar einen Teil ihrer Fabrikate exportieren konnte und daß die deutsche Landwirtschaft infolge ihrer Produktionssteigerung $\frac{1}{2}$ des gesamten Brotgetreidebedarfs erreicht hatte, ohne daß die Preise höher waren, als vor Einführung der Schutzzölle. Und endlich hat die zollfreie Nachkriegszeit mit ihrer Überflutung fremder Mehle dem deutschen Volke keine billigeren Brotpreise als früher gebracht.

Reichen. Am Sonnabend mittag nach 12 Uhr jag sich der im städtischen Elektrizitätswerk mit Reinigungsarbeiten beschäftigte Helfer Mühlbeim Berühren von 6000 Volt Spannung führenden Teile, von denen er angenommen hatte, daß sie abgeschaltet seien, schwere Verbrennungen an Händen und Armen zu. Ein Rißel bleibt es, wie der Verunglückte die hohe Spannung mit seinem Körper hat überhaupt überstehen und am Leben bleiben können, da eine Stromstärke von 6000 Volt sonst unbedingt tödlich zu sein pflegt.

Chemnitz. Ein unter der Obhut der Großmutter stehendes zweijähriges Töchterchen eines Hausbesizers auf der Feldstraße beugte sich in Abwesenheit der Eltern zu weit über die auf dem Fenster stehenden Blumentöpfe und verlor das Gleichgewicht, wodurch es aus dem ersten Stock hinab auf das Steinpflaster stürzte. Zum Glück konnte der sofort herbeigerufene Arzt feststellen, daß das Kind keinerlei Schaden von dem gefährlichen Sturze davongetragen hatte.

Chemnitz. Im Februar dieses Jahres erkrankte die Tochter des kaufmännischen Vertreters Winkler hier. W. gehört einer Verbandskrankenkasse an, die bei Erkrankung von Familienmitgliedern 75 Prozent der Arztkosten bezahlt. Die ersten beiden Arztrechnungen betragen 31 und 25 M. Durch Vorsetzen bezw. Anhängen je einer Zahl änderte W. die Beträge in 231, bezw. 259 M. um und erhielt nun Dreiviertel dieser durch Verfälschung erhöhten Beträge ausgezahlt. Im März bezahlte W. wieder zwei Rechnungen, die aber nur auf 9, bezw. 5 M. lauteten. W. fällte diese Beträge auf 995, bezw. 1485 M. um. Diese hohen Summen fielen der Kassenverwaltung auf und eine Anfrage bei dem Arzte brachte die dreifachen Fälschungen an den Tag. Wegen gewinnfächtiger Urkundenfälschung wurde Winkler vom Schöffengericht Chemnitz zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Zwickau. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Zwickau und zahlreiche Städte und Gemeinden des Bezirkes haben sich zur regelmäßigen Nachprüfung ihres Kassen- und Rechnungswesens zu einem Gemeindeverband unter dem Namen „Kassenprüfungsverband Zwickau-Land“ vereinigt.

Plauen. Die 25 Jahre alte Ehefrau eines Bauarbeiters, die wegen schwerer Bauchfellentzündung nach dem Krankenhause gebracht und dort operiert worden war, sprang in einem unbewachten Augenblick aus einem Fenster des zweiten Obergeschosses ab und verstarb kurz darauf an den erlittenen Verletzungen.

Joachimsthal. Auf dem Kupferhügel, einem der lohnendsten Aussichtspunkte des heimischen Gebirgszuges, ist ein bewirtschaftetes Unterkunftsbaus neu errichtet und bereits eröffnet worden, nachdem das bisherige schon recht baufällig geworden und schließlich einem Brande zum Opfer gefallen war. Die Erzgebirgsvereine von Schmiedeberg, Kupferberg, Porphyr, Pfortstein, Köpferle, Rauten, Komotau brachten die Mittel auf und schufen ein neues, nettes Blockhaus, welches ein großes Wohnzimmer mit Nebenräumen und Wirtschaftsräumen, im Obergeschosse wie auch im Dachraum Kammern für Übernachtung bietet. Demnächst soll mit dem Bau einer Bezirksstraße von Kupferberg auf den Hügel begonnen werden.

Leipziger Rundfunk

(494 m); Dresden 620 m; Chemnitz (494 m); Wolzow (494 m). Direction: Dr. E. Jäger u. Julius Wille. Wochensendungen: 10: Wirtschaftsnachrichten; 10:15: Was die Zeitung bringt; 11: Mittagsmusik auf Hauptstadt-Platz; 12:15: Mitternachtliche; 11: Börsen- und Pressenachricht.; 6: Landw. Wirtschaftsnachrichten, Baumwolle, Viehwirtschaft; 6: Landw. Wirtschaftsnachrichten, Wiederkäuerei; 6:15: Landw. Wirtschaftsnachrichten; Mittagsmusik des Leipziger Hoftheaters.

Donnerstag, 6. August, 4.30-6: Leipziger Bläser-Orch. 6.30-6.45: Streichmusik. 7-7.30: Vortrag Maxin. Kreibitz: „Die Entwicklung des Kraftfahrzeuges.“ 7.30-8: Vortrag Dr. Jotowicz: „Die Kunst der Götterkränze.“ 8.15-11.30: Tanzabend. Angeführt von der Kammerkapelle und dem Wenzel-Tanzorchester.

Jugendverein „Edelweiß“ Reichstädt

Donnerstag den 6. August abends 8 Uhr

Hauptversammlung

Erhalten aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Ein gebrauchtes Damenrad sowie ein Knabenrad hat billig abgegeben Hermann Voigt Dippoldiswalde, Gerberplatz Tel. 221



Täglich frische Bücklinge und frisch geräucherte Heringe bei Bruno Hamann Drucksachen: C. Jehne

Apotheker Haberl's Nadium-nährsalz

herausragend zu Vitreierungs-, Verzäugungsarten, bei Magen- und Darmstörungen. Zu h. l. d. Apoth. Dippoldiswalde. Man achte auf Marke „Vitag“. Preis Mark 1.75

Alle Sorten Därme empfiehlt in Ia. Qualitäten Max Arnold

Wir verzinsen zur Zeit Bareinlagen

bei täglicher Kündigung	7 1/2 %
15 tägiger	8 %
1 monatiger	9 %
1/4 jährlicher	12 %
1/2- „	14 %

Lösch & Otto Bankgeschäft für Industrie und Landwirtschaft Dippoldiswalde Fernsprecher 18

Kaffeehaus Schwarz

Dippoldiswalde, Ede Herren- und Schulgasse - Tel. 142 Jeden Donnerstag

der beliebte Konzertabend

Stimmungskapelle „Oho“ - Charly Göhll Die erstklassige Abendunterhaltung

Mietauto

steht zu jeder gewünschten Zeit zur Verfügung. Bei größeren Fahrten wesentliche Fahrpreisermäßigung Woldemar Scheumann, Ruppendorf, Tel. 66, Amt Höfendorf

Charlotte Thümmel

Dippoldiswalde Die Hefttrauernden hinterbliebenen Die Beerdigung findet Freitag am 7. August vom Trauerhause aus statt.

Freitag abends 8 Uhr Monatsversammlung im Amts Hof. Zahlreiches Erscheinen erwartet d. B. Strümpfle werden mit Maßstabe angezogen bei Herrn. Köhler, Herrengasse 98. Visitenkarten: C. Jehne

Meiner werthen Rundschaff, allen lieben Freunden und Bekannten noch ein herzliches „Lebewohl!“ bei meinem Weggange von hier nach Berlin. Dippoldiswalde, am 5. August 1925. Georg Döhnert, Bäckermeister

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit so zahlreich zugegangenen Geschenke und Glückwünsche sagen wir allen unseren herzlichsten Dank Paul Glödtzsch und Frau Jenny geb. Voigt Luchau, am 28. Juli 1925

Für die zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche, Ehrungen und wertvollen Geschenke danken wir zugleich im Namen unserer Eltern auf das Herzlichste Großholla, 1. August 1925 Martin Meile und Frau Meta geb. Jönnchen

Gasthof und Tanzpalast Talsperre Malter

Heute Mittwoch Kur-Reunion Gasthof zur „Frankenmühle“, Ilberndorf Sonntag den 9. ds. Mts. grosses Prämienvogelschiessen Gartenkonzert und feiner BALL wozu ergebenst einladen Guldo Eipig und Frau

Kurbad „Elektra“

Elisabethstraße für naturgemäße und elektrische Krankebehandlung Dippoldiswalde, Freiburger Platz 11 eine Minute vom Bahnhof

Bade- und Behandlungszeit: Täglich früh 8-8 Uhr abends. Sonntags bis 12 Uhr mittags. Nerven, Gicht, Rheuma, Gelenksleiden, Herz, Nerven, Nieren, Magen, Darm, Blasen, Ohren, Drüsen, Reizhusten, 4-Zellenwechselkrankheiten, Frauenkrankheiten, Katarrhe, Reizhusten, Lungen- und Rippenfellentzündung, Brustkrankheiten, Arterienverkalkung, Asthma, Lungenleiden und Schlaflosigkeit werden behandelt mit künstlicher Höhenjonne, Diathermie, Sonnenlicht- und Solfubestrahlungen, Galvanischen Faradischen und Wechselstrom, 4-Zellen-Sitz und Vollbäder, Hochfrequenzströme, Teil- und Voll-Whirlbäder, Lichtnadel-, Kohlenäure-, Sauerstoff-, Sool-, Moor- und Entfettungs-bäder, med. Bäder, Bannbäder, Hand- und elektrische Massagen, Heilgasmaske und Wechsel-Inhalation.

Stubenbuffetts

solche Arbeit, preiswert zu verkaufen (econt. Teilzahlung). Moderne Wohnungskunst Max Böhm, Tischlermeister Dippoldiswalde, Nicolalstraße 191

Beim Fortgange unseres teuren Gatten und guten Vaters, des Privatens Joh. Ernst Eduard Lohze ist uns von allen Seiten so viel herzliche Teilnahme gezeigt worden, daß es uns Herzensbedürfnis ist, allen, allen unseren tiefsten Dank auszusprechen Groß-Oelsa und Melzen, am 4. August 1925 Laura verw. Lohze Arthur Lohze Hilde Kubler, geb. Lohze Hilfrich Kubler Josef Wenger und drei Enkel

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr 180

Mittwoch den 5. August 1925

91. Jahrgang

Zur kommunalen Finanzpolitik in Sachsen.

In einem uns zugehenden Artikel über die kommunale Finanzpolitik in Sachsen heißt es: Ähnlich wie an anderen Orten des Deutschen Reiches sind auch in Sachsen die Ausgaben der Gemeinden gegenüber der Vorkriegszeit stark gestiegen. Es muß zugegeben werden, daß diese Steigerung zum Teil berechtigt ist, denn tatsächlich hat sich das Aufgabengebiet der Gemeinden gegenüber der Vorkriegszeit erweitert. Von sachverständiger Seite beziffert man diese zulässige Mehrbelastung auf 30 Proz. Außerdem wickelt sich natürlich die allgemeine Preissteigerung auch in den Etats der Gemeinden aus. Eine Nachprüfung der Verhältnisse bei einer Reihe von Gemeinden ergab jedoch, daß die Ausgaben und insbesondere die Zuschüsse, welche die Gemeinden zu den einzelnen Haushalt-Kapiteln leisten, um weit mehr als 30 Prozent gestiegen sind und daß diese Mehrbelastung in weit höherem Maße von den Steuerzahlern getragen wird als in der Vorkriegszeit. Erfordert doch auch in 1925 der Gesamtbedarf von Reich, Staat und Gemeinde das zweieinhalbfache an Steuern gegenüber 1913.

Die Steigerung der kommunalen Ausgaben liegt zu einem wesentlichen Teil an der erheblichen Vermehrung der persönlichen Ausgaben: Besoldungen und Pensionen. Nicht nur die Beamtensalarien sind gestiegen, zum Teil berechtigt, zum Teil nicht, sondern auch die Bezüge der Beamten. Es sind nicht nur die Gehälter höher als in den entsprechenden Besoldungsgruppen vor dem Kriege; eine besonders bemerkenswerte Erscheinung ist, daß zahlreiche Beamte nach höheren Gruppen befördert werden als es auf Grund ihres Dienstalters und ihrer Tätigkeit nach Vorkriegsverhältnissen geschehen würde. Die ebenfalls zum Teil sehr wesentliche Steigerung der Ausgaben für Pensionen ist sowohl auf Kriegsschicksale wie auch auf die finanziellen Auswirkungen des Beamtenabbaues zurückzuführen; ca. 80 Prozent der Aufwendungen für die abgebauten Beamten kehren in den Ruhestands-Etats wieder.

Sind in dieser Richtung Mehraufwendungen zu leisten, so stehen auf einigen Gebieten Ersparnisse gegenüber. So sind zum Beispiel die Kosten für Verzinsung und Tilgung der kommunalen Anleihen stark zurückgegangen. Außerdem brauchen die Gemeinden für die Deckung des Defizits der Kirchgemeinden, soweit diese nicht eigenes Steuerrecht hatten, gar nicht mehr, und für die Volksschullehrer-Besoldung nur noch mit einem Drittel aufzukommen, welches in der Regel den Gemeinden vom Staat gleich von den überwiegenen Reichsteuern gekürzt wird. Weiter kann man sich häufig des Einbruchs nicht erwehren, daß es die reichlichen Steuerüberweisungen sind, welche die Gemeinden veranlassen, erhöhte Ausgaben zu machen. Gerade die Etats der kleinen Gemeinden schließen häufig für 1924/25 mit Ueberschüssen ab, ein Beweis, daß es möglich war, alle Gemeindeaufgaben zu erfüllen. Trotzdem werden für 1925/26 noch wesentlich höhere Beträge aufgemerkelt als 1924/25.

In dem Artikel werden dann die finanziellen Verhältnisse einzelner Gemeinden mit besonderer Rücksicht auf die persönlichen Ausgaben nachgewiesen. Wir greifen folgende Beispiele heraus:

Für eine Stadt im Dresdner Bezirk, besonders für Beförderungs- und Besoldungsverhältnisse beim Rate derselben, sind folgende Angaben interessant, welche einier an den Reichsfinanzminister gerichteten Beschwerde in dieser Stadt ansässigen Reichs- und Staatsbeamten entnommen sind. Danach steht die Beförderung und Besoldung der Beamten in Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen und erfolgt nicht immer nach der beruflichen Tüchtigkeit. Von den städtischen Polizeibeamten befinden sich trotz teilweise geringem Dienstalters keiner in Gruppe 3, 2 in Gruppe 4, alle übrigen in den Gruppen 5-8. Andere Beamte sind innerhalb 4 Jahren aus Gruppe 4 ohne Prüfung und Wenderung ihrer Tätigkeit in die Gruppe 7 und dann in die Gruppe 8 gekommen. Ein anderer Beamter, vor dem Kriege Richter von Beruf, ist vor kurzem ohne Prüfung in die Gruppe 7 aufgenommen worden. Die Beschwerde soll den Erfolg gehabt haben, daß in dieser Stadt zitha 25 Beamte zurückberufen worden sind.

Ein typisches Beispiel für die Steigerung des Beamten-Etats bietet eine kleine Gemeinde im Dresdner Bezirk. Während die Bevölkerung von 1000 im Jahre 1913 nur auf 1400 1924/25 angewachsen ist, also um 40 Prozent, bietet eine Gegenüberstellung des Beamten-Etats folgendes Bild: 1913: waren in der Gemeinde tätig 1 Vorstand, 1 Schulmann, 1925: 1 Bürgermeister, 1 Kassierer, 1 Lehrling, 2 Anwärter, 1 Oberwachmeister, 1 Nachtwächter, 3 Straßenarbeiter. 1925 vor dem Kriege 2 Gemeindekräfte, 1925 10. Dazu kommt noch, daß die Gemeinde bis 1933 dem abberufenen bürgerlichen Bürgermeister das halbe Gehalt zahlen muß. Nicht uninteressant ist ferner, daß die Gemeinde 1924 nur 5 Kräfte beschäftigte, nämlich: 1 Bürgermeister, 1 Kassierer, 1 Nachtwächter, 1 Nachtwächter, 1 Straßenarbeiter, nach Abberufung des bürgerlichen Bürgermeisters aber 10 Beamte eingestellt sind.

In einer Kleinstadt bei Dresden ist die Zahl der Beamten (Allgemeine Verwaltung und Polizei) von 60 auf 99 gestiegen, also um 65 Prozent, der Besoldungsaufwand für diese von 120 000 auf 207 700, das sind 156,4 Prozent mehr. Die starke Steigerung des Besoldungsaufwandes läßt auf eine erhebliche Einreihung der Beamten in höhere Besoldungsklassen schließen. Der Bürgermeister hatte früher 8000 M. Einkommen, heute fast das Doppelte. Der Direktor des Elektrizitätswerkes bezog früher 3000 M. Gehalt, heute 7000 M.

Industriegemeinde bei Dresden: Die Bevölkerungszahl ist gestiegen von 2600 in 1913 auf 5100 im Jahre 1925. Das sind reichlich 40 Prozent mehr. Dagegen sind Einnahmen und Ausgaben in denselben Jahren gewachsen von 133 382 auf 706 705 M., also um rund 430 Prozent. Der Zuschußbedarf beläuft sich in den entsprechenden Jahren auf 113 149 M. und 422 724 M. Er wird 1923 fast zu vier Fünftel, 1925 fast gänzlich durch Steuern gedeckt. Das Steueraufkommen war 1913 92 850 M., gleich 25,79 M. pro Kopf, 1925 428 524 (361 Prozent mehr) gleich 84,02 M. pro Kopf, also mehr als das Dreifache. Diese Ausgaben betragen im Jahre 1925 573 323 M., mehr als 1913. Davon entfallen auf Bezirkssteuern und Wohlfahrtspflege aber nur 179 507 M. Ganz bedeutend haben sich die Personalausgaben vermehrt. 1923 zahlte man für Gehälter und Vergütungen 10 435 M., 1925 sind 100 000 vorgegeben, also ziemlich das Zehnfache. Diese Steigerung wurde durch die Bevölkerungszunahme und die Uebernahme neuer Gemeindeaufgaben nicht erklärt.

Die Einwohnerzahl einer sächsischen Bergstadt betrug nach der Zählung von 1910: 36 237. Der Haushaltplan 1924 sah 2 742 700 Mark Einnahmen (40 Prozent mehr) und 3 680 200 M. Ausgaben (87 Prozent mehr) vor. Wäthin besteht ein ungedeckter Fehlbetrag von 937 500 M. Der Zuschußbedarf (ohne den durch Schulanlagen gedeckten Teil) ist von 689 070 M. um 117 Prozent auf 2 147 700 M. angewachsen. Das Steueraufkommen ist um rund 150 Prozent höher, der Ertrag der Vermögensanlagen und Betriebsabgaben um 72 Prozent niedriger als 1924. Die Zahl der Beamten ist gestiegen von 183 (ohne Lehrer aller Schulen) auf 195 (ohne Lehrer und 6 Beamte des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge, für deren Besoldung die Stadt nicht aufzukommen braucht). Die Steigerung beträgt nur 6,6 Prozent. Der Besoldungsaufwand ist dagegen um 62 Prozent gewachsen, von

408 000 M. auf 661 000 M. Die Steigerung ist in Wirklichkeit noch höher, da die zweimalige Erhöhung der Beamtensaläre im Jahre 1924 noch nicht mit berücksichtigt ist. Diese Stadt liefert den Beweis, daß eine unwesentliche Vermehrung der Beamtensaläre genügt, um den erweiterten Gemeindeaufgaben gerecht zu werden. Die wesentlich höhere Steigerung der Besoldungen läßt auch hier den Schluß auf erhöhte Einreihung der Beamten in die Besoldungsklassen zu. Das durchschnittliche Gehalt war 1914, 2230 M., 1924: 3300 M., also 52 Prozent mehr ohne Berücksichtigung der erfolgten Gehaltserhöhungen.

Aus allen diesen Nachweisungen ist zu ersehen, daß in der Mehrzahl der Fälle die Finanzpolitik der Gemeinden unbillig ist, soweit wir dies auf Grund des uns vorliegenden Materials beurteilen können. Eigentümlicherweise sind die Gemeinden meist sehr zurückhaltend und geheimnisvoll, wenn von ihnen Unterlagen erbeten werden. Die Ausgabenpolitik steht in keinem Verhältnis zu dem durch die Uebernahme neuer Aufgaben notwendig bedingtem Maß. Dies gilt allgemein und insbesondere von der Besoldungspolitik. Es muß gefordert werden, daß die Gemeinden sich auch auf diesem Gebiete die unbedingt notwendigen Einschränkungen auferlegen, zumal die Beamtensaläre auch wesentlich höher sind als die Gehälter der privatwirtschaftlichen Angestellten. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die Altersversorgung bei den Beamten sicherer gestellt ist, bei den privatwirtschaftlichen Angestellten aber nicht. Die Behauptung der Gemeinden, daß die ihnen zur Verfügung stehenden Deckungsmittel unzureichend sind, ist zum Teil unbegründet. Es wird leider auf diesem Gebiete vielfach der Fehler gemacht, daß die Gemeinden ihre Einnahmen nach den Ausgaben richten wollen, anstatt sich bei ihrer Ausgabenpolitik danach zu richten, welche Mittel ohne Schaden aus der Bevölkerung und Wirtschaft herausgeholt werden können. Die Steuerquellen fließen reichlich genug, um den gegenüber der Vorkriegszeit gestiegenen Bedarf zu decken. Während die Gemeinden bei reichlicheren Mitteln vorgehen, sich in einer schlechten Finanzlage zu befinden, muß die Privatwirtschaft bei stark verminderten Hilfsmitteln ein Mehrfaches der Vorkriegskosten aufbringen. Die Steuerquellen können auf die Dauer nicht in so starkem Maße fließen wie bisher, ohne die Wirtschaft zu erschöpfen und mit Rücksicht darauf muß von den Gemeinden gefordert werden, daß sie sich in ihrer Finanzpolitik dieselben Beschränkungen auferlegen, wie die Privatwirtschaft es zu tun gezwungen ist.

Italiens Schuld an der Ruhrbesetzung.

Von Dalmo Carnevali (Rom).

Es ist höchst interessant zu sehen, wie Italien im Anfang des Jahres 1923 durch die Ablehnung des Schuldenkompensationsvorschlages von Bonar Law die Poincaré'sche Pfänderpolitik und damit die Ruhrbesetzung möglich machte, die wiederum den unaufhaltsamen Niedergang der Lira auslöste.

Schon gelegentlich einer im Jahre 1920 in London stattgehabten Besprechung des italienischen Ministerpräsidenten Ritti mit Lloyd George war es dem Italiener gelungen, den Engländer davon zu überzeugen, daß die Reparationsfrage nur zusammen mit der Frage der interalliierten Schulden gelöst werden könne. Als Lloyd George sich im März 1920 in Lyse mit Millerand und im Juli 1920 in Brüssel mit dem italienischen Außenminister Grafen Sforza besprach, war er bereits vollständig für den italienischen Standpunkt gewonnen, was u. a. deutlich in einem Briefe zum Ausdruck kam, den Lloyd George an Wilson richtete. Die gleichzeitige sich bahnbrechende Ueberzeugung, daß eine Herabsetzung der von Deutschland zu fordernden Reparationssumme unvermeidlich sei, stärkte den italienischen Standpunkt ganz erheblich. Das Projekt Loucheur vom Dezember 1921 war ein deutlicher Beweis dafür, daß die italienische Auffassung selbst in Frankreich Fuß zu fassen begann. Das aus diesem Vorschlage hervorgegangene Projekt Blacket-Giannini (März 1922) ging noch einen Schritt weiter und sprach sich unverblümt gegen jede Art Sanktion und für Abkürzung der Besetzung des Rheinlandes aus. Dieses Projekt, das Italien mit einem Schläge von seiner Schuld befreit hätte, wurde zwar durch die Reparationskommission abgelehnt, Italien ließ aber nicht locker und bestand in einer an die englische Regierung gerichteten Note neuerdings auf dem Projekt, und es gelang ihm auch, die Verhandlungen mit England in dessen Sinne weiterzuführen. Das im April 1922 durch die Reparationskommission ernannte Bankierkomitee kam am 10. Juni 1922 zu dem Schlusse, daß die deutsche Schuld herabgesetzt werden müsse und daß ein unlösbarer Konnex zwischen Reparationen und interalliierten Schulden bestehe. Vor der englisch-italienisch-belgischen Uebereinstimmung in der Frage des Konnexes mußte Poincaré sich zwar beugen, er rewanchierte sich aber dadurch, daß er sich hartnäckig an das Prinzip der Sanktionen klammerte.

Im Juli 1922 kam die Balfournote, mit der England auf rund die Hälfte seiner Guthaben verzichtete, um die eigenen Verhandlungen mit Washington zu erleichtern und vor allem, um Poincarés Sanktionswünschen entgegenzuwirken, die auch in der englischen Presse auf heftigen Widerstand stießen. Die Abneigung gegen Poincarés Sanktionspolitik war bei England so stark, daß es seinen eigenen Schuldnein ein unverhofft günstiges Arrangement anbot, mit welchem diese mit einem Schläge ihrer größten Sorgen ledig geworden wären. Auf der Londoner Konferenz im August 1922 war die englisch-italienisch-belgische Einheitsfront zusammengeschweift, alle Sanktionsmaßnahmen wurden einstimmig abgelehnt, auch die Sachverständigen sprachen sich gegen jede Sanktion aus, und Barthou sah sich gezwungen, einzugehen, daß Frankreich isoliert dastünde. Anfang Oktober 1922 legte die Reparationskommission das Projekt Brandburg vor, in welchem die Fixierung der deutschen Schuld verlangt und Poincarés Pfänderpolitik als „Politik des Selbstmordes“ gebrandmarkt wurde.

Im Oktober 1922 vollzog Mussolini den „Marsch auf Rom“ und noch im gleichen Jahre übermittelte der neue Herrscher Italiens ein von seiner Presse bis in die Wolken erhobenes Memorandum an die Londoner Konferenz, das das Prinzip des inangigen Konnexes zwischen Schulden und Guthaben ebenfalls vertrat, das schon seit Jahren das Euan-

gelium der italienischen Staatsmänner geworden war und sich damals schon ziemlich durchgesetzt hatte. Noch einmal ging England einen bedeutungsvollen Schritt weiter, und Bonar Law gab die sehr bemerkenswerte Erklärung ab, daß England bereit wäre, die Schuldenfrage definitiv aus der Welt zu schaffen, selbst wenn es bei der Regelung von den Alliierten und von Deutschland zusammen weniger bekommen sollte, als es selbst an Amerika bezahlen muß.

Soweit waren die Dinge gediehen, und sie lagen für Italien keineswegs ungünstig, als Mussolini auf der Londoner Konferenz plötzlich und ohne erkennbaren Grund die Einheitsfront durchbrach, die sich gegen Frankreich in der Frage der Sanktionen gebildet hatte. Völlig unvermittelt gab er den in langen Jahren und auf einer endlosen Reihe von Konferenzen und Besprechungen von der italienischen Diplomatie geübten prinzipiellen Widerstand gegen alle Sanktionen auf, und Poincaré ergriff gierig die Gelegenheit, nun doch noch sein Sanktionsprinzip durchzudrücken. Am 2. Januar 1923 begannen in Paris neue Verhandlungen, bei denen Italien durch Della Torretta vertreten war. Diese Konferenz brachte gleich am zweiten Tage den Vorschlag von Bonar Law, der eine weitere Konzession Englands in der Schuldenfrage bedeutete: England erklärte sich bereit, auf seine Guthaben bei Frankreich und Italien zu verzichten gegen Zession von 1/2 Milliarden deutscher Boms und gegen Verzicht auf 400 Millionen Italien gebührender, bei der Bank von England hinterlegter (und heute und wohl auch noch länger dort liegender) Lire in Gold.

Mit einem Schläge winkte Italien die Befreiung aus drückender Schuld, wenigstens gegenüber England, und zugleich ein glänzender Präzedenzfall für die Regelung der Schuld an Amerika.

Poincaré war durch den Vorstoß von Bonar Law (d. h. durch Englands Bitte, ihm den Verzicht auf seine Guthaben zu gestatten) aufs höchste erbittert, machte aus seiner Verstimmlung kein Hehl und versuchte alles, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen. Mit der Kraft eines Ertrinkenden klammerte er sich an die bereits oben erwähnten, von Mussolini auf der Londoner Konferenz hinsichtlich der Sanktionen gemachten Konzessionen. Italien aber plätscherte fröhlich weiter im französischen Fahrwasser, Della Torretta verstieg sich bei der Gelegenheit sogar zu der merkwürdigen Behauptung, daß produktive Pfänder geeignet seien, die Unterbringung der deutschen Anleihe zu erleichtern. Der Vorschlag von Bonar Law wurde von Italien abgelehnt, es wollte seine Schuldenlast von 14 Milliarden (England) und 9 Milliarden (Amerika) weitererschleppen, damit Poincaré nicht auf sein Lieblingspiel der Sanktionen verzichten müsse.

Der Unfall Mussolinis hatte es Poincaré möglich gemacht, die Besetzungen vorzunehmen. . . Italien aber steht heute vor den Scherben seiner durch die Last der Auslandsschulden erdrückten Lira.

Leistungslohn.

Die Tendenz unseres Zeitalters geht dahin, die Unterschiede zwischen den Menschen auszugleichen. Dies Bestreben hat sich auch bei der Bewertung der Arbeitskraft und damit bei der Bemessung von Lohn und Gehalt geltend gemacht. Von einem höheren Standpunkt aus könnte man vielleicht von einem höheren Standpunkt aus könnte man vielleicht gewissen Grade nicht sein Verdienst und sein Verschulden Kluge und temperamentsvolle Menschen leisten mehr Arbeit, begabte und pflegematische. Andererseits ist es mit der Arbeit des Menschengeschlechts nach Vervollkommenheit unvereinbar, wenn man die persönlichen Kräfte nicht gerecht und richtig ansetzt. Für die überwiegende Mehrzahl der Menschen ist die Entlohnung der Arbeitsleistung der stärkste Anreiz für die Entfaltung der Kräfte. Eine Nivellierung der Löhne und Gehälter drückt also die Tüchtigkeit nieder, ohne die Untätigen zu heben. Das Ergebnis kann nur sein, daß die Gesamtleistung verringert wird. Nun ist zuzugeben, daß die Festsetzung von Lohn- und Gehaltsnormen für Arbeiter, Angestellte und Beamte einen Schutz vor Ausbeutung durch den Arbeitgeber schafft. Die Festsetzung eines Mindestlohnniveaus ist also aus sozialen Gründen zu empfehlen und übrigens durchaus mit dem Prinzip des Leistungslohnes vereinbar. In der Nachkriegszeit sind immer neue Gruppen Qualitätsarbeiter und höhere Angestellte unter Tarifverträge gestellt, also in feste Lohn- und Gehaltsnormen hineingepreßt worden. Die Folge davon war eine erschreckende Zunahme der Gleichgültigkeit und Arbeitsunlust gerade in den Kreisen, die zur Neuerung der deutschen Wirtschaftskraft in erster Linie berufen gewesen wären. Eine weitere schädliche Folge war die starke Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte (besonders des Baugewerbes) nach dem Auslande. Es ist daher verständlich, daß von der modernen Wirtschaftskritik immer wieder die Forderung erhoben wurde, auf möglichst vielen Gebieten zum Leistungslohn zurückzukehren.

Auf das System der Tarifverträge ist die Schlichtungspraxis aufgebaut, die in den letzten Jahren vom Reichsarbeitsministerium gehandhabt wird. Für lokale Bezirke ist von der Regierung ein „Schlichter“ berufen, der bei Lohnstreitigkeiten die Parteien vor sein Forum zitiert und eine Einigung herbeizuführen sucht. Er veranlaßt die Fällung eines Schiedspruches, der in Ausnahmefällen auch gegen das Votum der Parteien für verbindlich erklärt werden kann. Kürzlich hat der Berliner Schlichter Rudolf Wessel in einem Gehaltsstreit der höheren Angestellten der Metallindustrie mit ihren Arbeitgebern einen Schiedspruch gefällt; das Reichsarbeitsministerium hat diesen Schiedspruch Wessels für verbindlich erklärt, obwohl keine Befehrs eines Streiks

bestand und auch im Falle eines Streiks öffentliche Interessen nicht gefährdet worden wären. Damit ist durch schiedsrichterliche Praxis in einem der wenigen Fälle, in welchen bisher durch einen sogenannten „Manteltarif“ nach Leistungs-löhne vorgesehen waren, eine schematische behördliche Regelung erfolgt. Dieses Vorgehen des Reichsarbeitsministeriums ist grundsätzlich sehr bedenklich. Statt die Gleichmacherei im Lohn- und Gehaltswesen zu mildern, wird sie auf Gebiete ausgedehnt, wo bisher die individuelle Bewertung der Leistung bräuchlich war. Obwohl in der gegenwärtigen Zeit der Kampf gegen die Abwertung der Leistungen und der Entgelte nur wenig Aussicht auf praktischen Erfolg hat, darf man sich doch nicht mit einer Entwicklung zufrieden geben, welche das Tempo unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues mindestens stark verlangsamen muß. Amerika verdankt seinen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung nicht zum geringsten Teil seinem zähen Festhalten am Leistungslohn.

Das Barometer.

Zeigt es das Wetter an?

Auf der Stala unserer Barometer sind allerhand Wetterzeichnungen angebracht. Zeigt nun das Barometer beispielsweise auf „Schön Wetter“, so wird meist angenommen, daß eine Weile lang das gute Wetter anhalten, oder daß solches kommen werde, wenn der Augenblick auch noch einen trübigen Himmel zeigt. Natürlich sind diese Zeichnungen, über die der Zeiger des Barometers drohend oder verhelfend wandert, nicht willkürlich gewählt. Nur würde der Meteorologe sich für die Vorherbestimmung des Wetters nicht damit begnügen, das Barometer zu studieren. Ihn interessiert alles, was zum Wetter gehört, und er prüft auch Temperatur, Feuchtigkeit und dergleichen. Vor allem aber sucht er sich Kenntnis über das Wetter zu verschaffen, das in der Umgebung herrscht oder vielleicht gestern geherrscht hat, und dessen rege Wandelbarkeit sein Erscheinen hier wahrscheinlich macht.

Will man die Prognose allein auf das Barometer gründen, so halte man an folgenden Regeln fest, die wenigstens für bescheidene prophetische Ansprüche genügen. Steht das Barometer hoch, so ist die Luft offenbar schwer. Sie wird also die Neigung haben zu sinken, und damit kommen die in ihr schwebenden Wassertröpfchen in tiefere, wärmere Regionen, wo die Gefahr, daß sie sich in Regen verwandeln, immer geringer wird. Darum kann man im allgemeinen sagen, ein hoher Barometerstand verbürge schönes Wetter. Fast wichtiger als der Stand ist aber die Bewegung des Barometers. Günstig ist die Prognose, wenn die Säule des Quecksilbers steigt. Geschieht dies langsam, mehrere Tage hindurch, so darf man hoffen, daß das gute Wetter an-

Am zwei schöne Augen.

Roman von G. Adt.

Deutscher Provinz-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 66. 1925.

19. Fortsetzung.

Ueber den Balkon gebeugt, sah sie ihm nach. Erst ging er ein Stück die Straße hinauf, dann bog er rechts hinüber zu einer der erst parzellierten Seitenstraßen. Doch kaum hatte er ein paar Schritte getan, wandte er sich um, ging wieder ein Stück gerade aus und bog dann links ein, wo es zwischen Gartenland auf schmalen Fußwegen ins freie Feld hinein führte. Doch auch da ging er nur eine kurze Strecke, dann blieb er abermals stehen und blickte nach rechts und links wie einer, der nicht weiß, wohin er soll. Adele trat vom Balkon zurück, ins Zimmer hinein.

„Das sie's ihm doch sagen könnte: „Das ist der rechte Weg für dich, den geh.“ Das sie ihn hinschleichen könnte auf den Weg — oder ihn darauf hinleiten, ohne daß er selbst es merkte! Seit Monaten schon bei ihm dieses heimliche Kasten und Suchen, irgend was zu beginnen, sich einen neuen Beruf zu erwählen. Noch presstert's ja nicht so. — Nein, vielleicht nicht, was die einfache Erwerbsfrage betraf. Sie mußte ja nicht, über welche Mittel sie zu verfügen hatten, er sprach nie darüber, und sie wagte keine Frage. Aber zuweilen kam ihr so eine heimliche Angst: Wenn jene zwanzigttausend Mark alles waren, was er besaß, was er je von seinen Eltern zu erwarten hatte? Mindestens die Hälfte des Geldes mußte schon aufgebraucht sein, und wenn auch die andere verbraucht war und er stand beruflos da — was dann?

Nicht einmal daran denken! Nie durfte es dahin kommen. Vielleicht hatte er sich ja schon längst entschieden, was er für die Zukunft beginnen wollte. Am Klavier spielte er stundenlang, und ihr dünkte er ein vollendeter Künstler. Und dort stand die Staffelei, an der er malte. Meist waren es flüchtig hingeworfene Skizzen, aber wenn er einmal ein Bild richtig ausführte, das mußte auch ein Kunstwerk werden, schien es ihr.

Und wenn er sie lachen hörte, machte ihn das noch immer so froh. Durch Fröhlichkeit wollte sie ihm helfen, daß er selber fröhlich seines Weges ging.

Als Heinz gegen Dunkelwerden wieder heimkam, stochte ihm auf der Schwelle seines Zimmers der Fuß. Dort drinnen hatte ja Adele eine regelrechte Widerausstellung arrangiert. Alles, was er auf der Hochzeitsreise und dann späterhin an Skizzen irgendwie etwas mehr ausgeführt, hatte sie ringsum aufgebaut. Was sollte denn das besagen? Ein Juden kief plötzlich über seine Stirn. Als ob da einer noch zu fragen brauchte! Man konnte ja kaum deutlicher werden! Rasch trat er in das Zimmer hinein und vor Adele hin, die, wie es den Anschein hatte oder haben sollte, in Bewunderung versunken, vor seinen Kunstwerken stand.

„Das nennt man mit dem Hauptpfehl winken. Aber du hast ganz recht: der Skizzen sind genug gepinselt, laßt mich nun endlich Bilder sehen! Ich hab' mir übrigens jetzt auf meinem Spaziergang so etwas Ähnliches gesagt, und ich kann ja immerhin mal den Versuch machen, meine Kunst nach Vro zu schicken.“

halten werde, während rasches Steigen höchstens einige sonnige Stunden in Aussicht stellt.

Die englische Provinzstadt.

Wie aus einer Spielzeugstadt.

Eine KleinStadt in England bietet schon von weitem einen uns Deutschen ungewohnten Anblick. Es sieht geradezu aus, als ob der Ort einer Spielzeugstadt entstamme. So gleichartig sind alle Häuser gebaut. Sämtliche Dächer liegen in derselben Höhe und sind mit Schiefer gedeckt. Darüber erheben sich in endlosen Reihen die Schornsteine, die trotz ihrer Gleichmäßigkeit dem Ganzen in ihrer zackigen Form einen gewissen architektonischen Abschluß geben. Sonst ragt in der Regel weder ein Turm, noch ein sonstiges Bauwerk hervor, und keine Stadt hat insofern eine besondere, ihr eigentümliche Silhouette.

Das für England typische System des Einfamilienhauses hat dahin geführt, daß nicht nur eine KleinStadt der anderen, sondern auch der Hauptstadt in ihrer baulichen Gestaltung ähnlich ist. So unterscheidet sich z. B. ein Wohnviertel in London in der Nähe der City durchaus nicht von einer Provinzstadt. Es herrscht überall in England jene gleichmäßige Ruhe, wie man sie bei uns nur in der entfernt gelegenen KleinStadt oder in einem Kurort findet.

Andererseits zeigen die Hauptstraßen in einer englischen Provinzstadt ein Verkehrsbild, welches fast großstädtisch zu nennen ist. Die entscheidende Rolle spielt hierbei das Automobil, dem in England in des Wortes wahrster Bedeutung der Weg geebnet ist. Man hat dort längst sämtliche Landstraßen zu einer glatten, staubfreien Fahrbahn umgestaltet, und damit in geradezu vorbildlicher Weise den Verkehr in der Provinz gefördert. Sonntags durchfahren Tausende von Großstädtern in eigenen Wagen oder in großen Gesellschaftsautos, die an die Stelle der früher bekannten „Mailcoaches“ getreten sind, von London aus das Land, ebenso wie vielen Kleinstädtern das Halten eines Kraftwagens zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Außerdem verbinden Autobuslinien alle größeren Orte. Von dem Flugplatz Croydon bei London führt z. B. eine Linie etwa 60 Kilometer weit ins Land und schafft so vielen kleineren Städten eine unmittelbare Verbindung mit der Hauptstadt. Vom Endpunkt dieser und der anderen Ueberlandlinien fahren Anschlusswagen nach noch entfernteren Zielen. Weit auseinanderliegende Städte werden durch die Eisenbahn, deren Züge in dichter Folge und mit außerordentlicher Geschwindigkeit verkehren, räumlich einander näher gebracht.

Diese enge Verbindung mit der Außenwelt hat schließlich dazu geführt, daß in England der Tibus

Sie tat nicht, als ob ihr das Spöttisch-Gereizte seines Tones zum Bewußtsein komme, lehnte sich an ihn und sagte: „Wenn ich mir deine Skizzen ansehe ist's mir allemal, als wär' ich wieder an all den schönen Orten, so gut hast du sie getroffen.“

Er klopfte sie etwas von oben herab auf die Wangen. „Schön gut, schon gut. Zur Diplomatin bist du verdorben. Aber wie gesagt: du hast ja so recht, und — morgen sang ich an.“

Am nächsten Morgen zog er wie ein fahrender Maler mit Skizzen, Staffelei und Farbkasten hinaus ins Grüne. Er wollte Baumstudien machen. Adele nahm die Sache noch wichtiger als er selber, half ihm beim Einpacken und steckte ihm die Taschen voll belegter Butterbrote, denn er wollte bis zum Abend fortbleiben.

Als er beim Zurechtwerden zurückkam, war er wohl heiterster Laune und glaubte selber an sein Maleramt, mit dem er schon was vor sich bringen würde, wenn er sich's nur recht angelegen sein ließe. Eine Reihe von Wochen blieb es so. Waren Regentage, so führte er dabei seine Skizzen aus, bei gutem Wetter suchte er die Umgegend nach malerischen Motiven ab.

Einmal, es war demselben Herbst geworden, kam er zur üblichen Zeit nicht zurück. Sie wartete und wartete, die Nacht brach herein, er kam nicht. Ihre Unruhe wuchs. War ihm etwas zugestoßen? Oder war er weiter hinausgefahren und wollte die Nacht fortleben? Dann aber hätte er telegraphiert. Die Angst begann sie umherzutreiben. Sie wartete, lauschte, ob er nicht doch noch komme, oder der Desesperbote — es kam nichts. Sie ging nicht zu Bett, stand wartend am Fenster, trat auf den Balkon hinaus, wollte sich über die Brüstung beugen und taumelte zurück. Ein Schwindel, so ein Grauen vor der Tiefe da unten hatte sie plötzlich gepackt.

Sie hastete wieder in die Stube hinein und sah sich mit entsetzten Augen um. Furcht — noch nie im Leben hatte sie sich doch gefürchtet, wenn sie allein war.

Allein. — Von allen Seiten drängte das Entsetzen auf sie ein. Wenn sie allein bliebe, wenn er nicht wiederkäme — nie wieder! —

Wie zerschlagen fiel sie schließlich auf die Chaiselongue, doch die Augen zu schließen vermochte sie nicht. Es wurde Morgen, der Vormittag kam, sie hielt die qualvolle Unruhe nicht länger aus, kleidete sich in fliegender Eile an und wollte dorthin fahren, wo sie vermutete, daß er sich gestern hinbegeben.

Da kam der Briefträger und brachte ihr eine Ansichtspostkarte. Von ihm! „Gruß, kleines Mädchen. Zug verpaßt, alten Bekannten getroffen. Bleibe Nacht bei dem. Auf Wiedersehen morgen.“

Es war ihm nichts geschehen! Er hatte nicht einmal daran gedacht, daß sie sich ängstigen würde. Es war ihm nichts geschehen! — In einem traumhaften Weinen beruhigten sich wieder die überreizten Nerven.

Als Heinz am Nachmittag zurückkam, trat sie ihm lächelnd entgegen. Er sollte nicht merken, wie lindlich töricht sie gewesen war, sollte sich nicht nachträglich Vorwürfe darüber machen, daß er ihr die Angst eingejagt.

Doch er verlor nicht einmal ein Wort darüber und erzählte mit einer pridelnden, ungeduldigen Erregung von der Begegnung, die er gehabt.

„So ein Glückspilz der Sensburg! Erst ein blutarmer Keel, erbt er auf einmal! da draußen nach

des Kleinproletars neuerdings nahezu unbekannt ist. Im übrigen übt auch in der Provinz der intensiv verteilte Sport seinen Einfluß auf Haltung und Aussehen der Bewohner aus. Überall findet man wohlgepflegte Plätze zur Ausübung aller erdenklichen Sportarten. Ja, auch die gesamte übrige Lebensweise unterscheidet sich in der KleinStadt fast nicht von der in der GroßStadt.

Die lebhaften Verkehrsbeziehungen haben dahin geführt, daß man in der Provinz in den Restaurants und Tearooms die gleich gute und preiswerte Verpflegung erhält wie in London. Die Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel sind in der KleinStadt keineswegs höher, während man bei uns häufig von Bewohnern kleiner Städte Klagen hört, daß sie bestimmte Sachen höher bezahlen müssen als z. B. in Berlin.

Fast jede KleinStadt macht auf den Fremden sofort einen auffallend gepflegten Eindruck. Herrlicher Blumen Schmuck in Gärten und auch in vielen Fenstern hebt überall die sonst so eintönigen Häuserfronten. Schadhafte Gebäude oder auch nur unordentliche Bäume und dergl. würde man in Englands KleinStädten vergebens suchen.



Bilder aus dem befreiten Essen.

Brandenburg zu, ein feudales Gut. Und einen Reitstall hat er — der Trakehner, mit dem ich heute morgen einen Ritt gemacht — ah“, er reichte die Glieder, seine Augen bligten, „das ist doch was anderes, als die fade Pinxtenmalerei, da fühlt der Mensch doch wieder mal, daß er noch lebt. Fast ein Jahr ist's her, daß ich kein Pferd mehr unter mir hatte. Wirft dich dran gewöhnen müssen, kleines Mädchen, daß ich dir jetzt manchmal ausneise. Der Sensburg hat mir seinen Stall zur Verfügung gestellt. Ueberhaupt, wenn da draußen die Beschichte erst richtig in Gang kommt, Sensburg will ein Gestüt für edles Halbblut gründen, so ne Art Aktienunternehmen, ein großer Teil des nötigen Grundkapitals ist schon da, na, und daß ich mich dran beteilige, ist bombensicher. Kurzbringer kann ich meine Kapitalien gar nicht anlegen.“

„Das wollest du tun, Heinz?“ rief ganz erschrocken Adele. „An so was unsicheres dein Geld riskieren?“

Er machte ein überlegenes Gesicht. „Ich laß' mich schon auf nichts Zweifelhaftes ein. So viel verstehe ich schon vom Spekulieren, bin nicht umsonst dabei ausgewaschen, und will's ihnen noch eines Tages zeigen, daß ich keinen Menschen brauche, als nur mich selber. Wart nur, es soll gar nicht so lange mehr dauern, da rücken wir hier aus unserer Wolfen-traybernde aus und richten uns ein menschenwürdiges Dasein ein.“

„O Heinz, wo könnten wir wohl jemals glücklicher sein, als wir es hier gewesen sind!“

„Freilich waren wir glücklich hier, und so als Epizode war's ja auch famos, aber als Dauerzustand möchte ich mich doch dafür bedanken.“

Noch ausgefüllt von der Erinnerung an den reichen Herrschaftsbefehl sagte er es gedankenlos. Adele entgegnete nichts, aber seine Worte zitterten in ihr. Wie von etwas Bewesenem sprach er — aus dem er sich heraussehnte.

In den folgenden Tagen war er so ausgefüllt von dem Gestütprojekt und den verschiedenen Hoffnungen, die er für sich selbst daran knüpfte, daß er kaum von etwas anderem sprach. Sein Malen hatte er ganz betriebe gelassen, war wiederholt auf dem Gute gewesen und ging des Abends häufig aus. Sie wieder einmal zum Fortgehen rüstend, rieb er sich vergnügt die Hände.

„Heute gilt's! Ein paar millionenschwere Kennontfels sollen noch als Aktionäre breitgeschlagen werden, dann ist die Sache perfekt. Gute Nacht, Schlaf! Bis mir uns wiedersehen, wird's wohl heißen: Guten morgen!“

Fröhlich pfelsend ging er davon. —

Mitternacht war vorüber, als Adele aus erstem Schummer aufwachte. Die Korridortür hatte geklappt. War Heinz so bald schon zurückgekehrt?

Ja, draußen klang sein Schritt, er ging in sein Zimmer hinein. Sie setzte sich im Bette aufrecht, wartend, daß er in die Schlafstube kommen werde. Eine geraume Weile verging, er kam nicht. Wo blieb er so lange? Ob er noch etwas wünschte? Sie stand auf, warf sich den Morgenrock über, ging zu seinem Zimmer und wollte die Tür öffnen. Sie gab unter ihrer Hand nicht nach, war von innen verriegelt. Erschrocken rüttelte sie an der Klinke.

„Heinz — Heinz!“

Fortsetzung folgt.